Herner Anzeiger

Amtliches Publikations-Organ für den Stadtkreis Herne.

Zugleich: „Anzeiger für das Amt Sodingen" (Amtsblatt) und „Gerther Anzeiger".

Druck und Verlag: Jagmanns & Kretschers, Herne, Bahnhofstr. 8.

14. Jahrgang. Telegramme: Anzeiger Herne. Fernsprecher 961.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis Mk. 1.20 monatl. bei Abholung durch das Haus gebracht; durch die Post bezogen vierteljl. Mk. 3.6. Postscheckkonto Cöln 26667.

Jeder Abonnent des „Herner Anzeigers" ist mit 100 Mark gegen tödlichen Unfall gemäß den bekannt gegebenen Bestimmungen versichert.

Verantwortlich: für den redaktionellen Teil: H. Jagmanns, für den Anzeigenteil: J. Kretschers, Herne. Der auf die Anzeigen eingeräumte Nachlaß kommt bei Konkursen und gerichtlicher Klage in Wegfall.

Anzeigen werden die 1spaltige Petitzeile mit 20 Pfg., für auswärts mit 25 Pfg., Reklamen die Zeile mit 75 Pfg. berechnet. Auf alle Preise ein Teuerungszuschlag von 10%.

Nr. 248 (Erstes Blatt). Mittwoch, den 23. Oktober 1918.

Der Reichskanzler über das Friedenswerk, den Völkerbund und das neue Deutschland.

Die Abkehr vom alten System.

☐ Berlin, 22. Okt. 1918. (Privattelegr.)

Der grundstürzende Wandel der Zeiten konnte nicht besser dokumentiert werden als durch die Form und den Inhalt der heutigen Reichstagssitzung. Was in wenigen nüchternen Worten als Tagesordnung der heutigen Sitzung angekündigt war, bedeutete nichts Geringeres, als die Etablierung eines vollständig neuen politischen und parlamentarischen Systems. Den sinnfälligen äußeren Ausdruck dafür bot die Regierungsbank. An ihrer Spitze der demokratische Prinz und neben ihm sieben allein aus der Volksvertretung hervorgegangene Exzellenzen. Die Minister ohne Portefeuille und zwar vom Zentrum Gröber und Erzberger, von den Fortschrittlern Hausmann und von den Sozialdemokraten Scheidemann und Bauer bildeten das Ende der Bank, in deren Mitte neben dem ebenfalls aus dem Parlament hervorgegangenen Vizekanzler von Payer der Abgeordnete Trimborn als Staatssekretär des Innern saß. Als einziger Beamtenminister hatte der Reichsschatzsekretär Graf Roedern seinen Platz inne. Entsprechend dem Charakter der neuen Zeit und ihrer Leitung waren die militärischen Persönlichkeiten fast ausgeschaltet. Auch der Reichskanzler war im Bürgerkleide erschienen.

Präsident Fehrenbach leitete die Sitzung in bekannter, energischer Weise. Als er die Verfassungsänderungen aufrief, weiß man, daß jetzt eine Entscheidung zur Debatte gestellt wird, von der das Schicksal des deutschen Volkes abhängt. Prinz Max von Baden läßt heute in der Tat nichts unversucht, die Ehrlichkeit seiner Ueberzeugung zum neuen Kurse und den Willen zu entschiedenden Taten so kraftvoll wie möglich zu unterstreichen. Das Wichtigste seiner Ausführungen bot dann auch das mit erhobener Stimme ausgesprochene Bekenntnis der Abkehr vom alten System. Das Wort, daß eine neue Epoche angebrochen ist, die neue Forderungen gerade an die berufenen Führer des Volkes stellt, hat heute unter allgemeiner Zustimmung des Reichstages seine besondere Prägung erhalten. Man möchte sagen, daß eigentlich heute erst die neue Zeit aus der Taufe gehoben worden ist. An ihrer Wiege befindet sich freilich auch ein Grab. Alte Traditionen sinken, die neuen Erfordernisse erheischen es so, wenn ein freier Weg gewiesen werden soll. „Rechtsfrieden" ist das Signal des neuen Strebens.

Als Prinz Max dieses Wort mit bewußter Innerlichkeit den lautlos zuhörenden Volksvertretern zurief, ging eine fühlbare Bewegung durch ihre Reihen. Die Fittiche der Geschichte umrauschen uns. Als ob es nur ein äußeres Dokument zur Charakteristik des großen, schicksalsschweren Wortes gewesen sei, flammen plötzlich in dem bisher vom Abenddunkel umhüllten Sitzungssaale die Lichter auf. Ein zitternder Ton ist in der Stimme des Prinzen Max, als er davon spricht, daß dieser Rechtsfriede ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und für die schwere Not der Zukunft sein werde.

Und noch eine Proklamation findet sich in des Kanzlers Rede: die Proklamation der Mündigkeit des deutschen Volkes. Die jetzige Ordnung ist unwiderruflich, so verkündet es der Reichskanzler, als sieghafte Idee der neuen politischen Umgestaltung. Daß sie ermöglicht wurde, verdanken wir unseren herrlichen Kämpfern an der Front. Es war daher ein ebenso wirkungsvoller, wie der großen Dankbarkeit ihrem Tribut zollender Schluß, als Prinz Max von Baden die Ehre und das Verdienst an der Möglichkeit der heutigen, hoffentlich das deutsche Volk zum Glück führenden Entwickelung der Kampfkraft und dem Verteidigungswillen unserer Helden zuschrieb.

Der Kanzler hat auch diesmal seine Rede nach wohl vorbereitetem Manuskript zum Vortrag gebracht. Man darf daraus den Schluß ziehen, daß es sich um eine Aktion der Regierung selbst handelt. Das Wort des Kanzlers vom neuen System war unzweideutig und es ist geeignet, alle Zweifel, die etwa noch infolge der jüngsten Briefeerörterung obgewaltet hätten, zu beseitigen. Die Rede des Kanzlers wurde mit größter Aufmerksamkeit angehört und vielfach durch lebhafte Beifallskundgebungen unterbrochen. Nur die Konservativen, die eine Alterszeit niedergehen sehen, verhielten sich still.

Es begann die Debatte. Der Abgeordnete Herold sprach für das Zentrum als der größten Partei des Hauses der Neuordnung der Dinge den Segensspruch. Das Zentrum kann schon dank seiner Verfassung und seiner Ziele zu nichts anderem als einem Frieden des Rechts die Hand bieten. Als Volkspartei kann es eine Entwickelung nur begrüßen, die geeignet ist, die Mitwirkung der weitesten Volkskreise an der Bestimmung der Geschicke des Vaterlandes zu gewährleisten. Darum hat das Zentrum gerade auch bei der politischen Umwälzung dieser Tage seine Mitwirkung nicht versagt, um die größte aller politischen und unblutigen Revolutionen in Bahnen zu lenken, die dem Rechts- und Staatsgefühl unseres Volkes entsprechen müssen. Darum auch hat das Zentrum seine Mitwirkung in der Regierung selbst nicht versagt und die schwere Verantwortung der Mitbestimmung der Geschicke des Volkes übernommen und in die Reichsregierung Vertreter seiner Richtung entsandt. Diese Gedanken entwickelte unter fortgesetztem Beifall des Hauses der Abgeordnete Herold als Sprecher des Zentrums. Der Eindruck seiner Ausführungen mußte um so größer sein, als hier ein ergrauter Veteran der Zentrumspartei, ein tapferer Kämpfer der Partei sprach. Der Aufruf zur Verteidigung des Vaterlandes machte gerade aus diesem Munde einen tiefen Eindruck.

Nun sprach Ebert von der Sozialdemokratie. Seine Rede ist im wesentlichen eine Abrechnung mit dem alten System, insbesondere mit dem Militarismus.

Der Abgeordnete Naumann von der Fortschrittlichen Volkspartei preist die Einheitlichkeit der Regierung und die Verkörperung des nationalen Freiheitsgedankens, was bisher dem alten System gefehlt habe. Die Zerrissenheit im politischen Leben des deutschen Volkes sei nicht Schuld des Volkes selbst, sondern der Regierung, deren Zwiespältigkeit das politische Unheil heraufbeschworen habe.

Deutscher Tagesbericht

WTB Großes Hauptquartier, 22. Okt. 1918. Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Lys und Selle Infanteriegefechte. Mehrfach suchte der Feind mit kleineren und stärkeren Abteilungen die Flüsse zu überschreiten. Nordöstlich von Kortrik drang er mit Panzerwagen, südöstlich von Kortrik mit starken Kräften gegen unsere Linien vor. Er wurde überall verlustreich abgewiesen. Vizewachtmeister Müller der 9. Batterie des Feldartillerieregiments 221 vernichtete hierbei 6 Panzerwagen des Gegners. Engländer besetzten die von uns verschonten Kirchtürme von St. Amand mit Maschinengewehren. Beiderseits von Solesmes und Le Cateau hat der Gegner seine Angriffe nicht erneuert. In nächtlichen Teilkämpfen blieben die Gehöfte von Amerwal in seinen Händen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Französische Angriffe, die morgens nördlich der Serre, nachmittags auf breiterer Front zwischen Oise und Serre gegen unsere Linien vorbrachen, wurden abgewiesen. Nordwestlich von Mesbrecourt führten schlesische Truppen einen erfolgreichen Gegenangriff durch. Auf den Aisne-Höhen östlich von Vouziers dauerten heftige Kämpfe an. Württembergische Regimenter haben im Verein mit preußischen und bayerischen Bataillonen dem Feinde in erfolgreichem Gegenangriff die Höhen östlich von Vandy zwischen Balay und Chestres und nördlich von Falaise wieder entrissen und gegen starke Gegenangriffe des Gegners behauptet. Oestlich von Olly scheiterte ein Teilangriff des Feindes.

Heeresgruppe Gallwitz.

Nach heftiger Artillerievorbereitung griff der Amerikaner nördlich von Sommerance und auf breiterer Front beiderseits von Bantheville an. Im Feuer und im Gegenstoß sind die Angriffe des Gegners gescheitert. Vornehmlich im Feuer unserer Maschinengewehre und Infanteriegeschütze erlitt der Amerikaner wiederum hohe Verluste.

Aus einem Geschwader von 8 feindlichen Flugzeugen, das Ortschaften im Lahntal angriff, wurden 4 Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Veltjens errang seinen 35. Luftsieg.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nördöstlich von Krusevac und Bukowik scheiterten feindliche Angriffe. Erfolgreiche eigene Unternehmungen bei Trubarevo an der südlichen Morawa.

Abendbericht.

WTB Berlin, 22. Okt., abends. Amtlich.

Starke Angriffe in Flandern südwestlich von Deinze und östlich von Kortrik brachten dem Feinde nur örtlichen Bodengewinn. Auf dem östlichen Aisne-Ufer, beiderseits Vouziers und östlich von Airy sind heftige Angriffe der Franzosen gescheitert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Staatssekretär Scheidemann über die Kriegsanleihe:

Seid pflichtbewußt! Helft unserem Lande! Gedenket der Soldaten und ihrer Familien! Wer Geld hat, der zeichne! Es ist kein Opfer, sein Geld mündelsicher zu fünf Prozent anzulegen.

Scheidemann

193. Sitzung.

WTB Berlin, 22. Okt. 1918. (Telegr.)

Am Bundesratstisch: Prinz Max von Baden, von Payer, Dr. Solf, Rüdlin, Haußmann, Trimborn, Gröber, Erzberger, Scheuch, Ritter von Mann, Scheidemann, Bauer, Hayenstein, von Langermann, Schiffer, Wahnschaffe und Dr. Krause. In der Hofloge: Dr. von Delbrück und Dr. Müller.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr.

Der Kaiserin ist ein Glückwunsch des Hauses zum heutigen Geburtstag zugegangen. Das Andenken des verstorbenen Abg. Dr. von Grabski (Pole) wird durch Erheben von den Sitzen geehrt.

Reichskanzler Prinz Max von Baden:

Meine Herren! Seitdem ich zum ersten Mal zu Ihnen sprach, sind in Verfolg der Friedensaktion, die die Regierung bei ihrem Amtsantritt eingeleitet hat, weitere Schritte von beiden Seiten getan. Zunächst kam Präsident Wilsons Gegenfrage. Unsere unzweideutige bejahende Antwort hat zu einer erneuten Anfrage des Präsidenten geführt. Unsere Antwort hierauf ist gestern veröffentlicht worden.

Meine Herren! Das ganze deutsche Volk wartet darauf zu hören,

welche Aussicht

die Regierung für das Gelingen des Friedenswerkes zu haben glaubt. Sie werden verstehen, daß ich mich hierüber nur mit der größten Zurückhaltung äußern kann. Ich weiß, daß auch die Parteien den Wunsch haben, die Debatte möge sich eine dem Ernst der Stunde entsprechende Beschränkung auferlegen. Das deutsche Volk ist vom Präsidenten Wilson angerufen worden. Diese Tatsache gibt den Aeußerungen der Vertreter aller Parteien erhöhtes Gewicht. Ich möchte daher heute über die internationale Lage nicht mehr als dieses Eine sagen: Die erste Antwort des Präsidenten auf den Friedensschritt der deutschen Regierung hat in allen Ländern den Kampf der Meinungen über die Frage:

Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden

auf den Höhepunkt geführt. Es handelt sich um den Gewissenstreit der in jedem einzelnen Lande öffentlich ausgefochten wird — wie er auch in gleicher Lage bei uns ausgefochten werden müßte. Auf der einen Seite erheben Leidenschaften des Hasses und der Rachsucht auf dem Boden unserer deutschen Heimat befriedigen können, auf der anderen sind sich die aufrichtigen Anhänger des Völkerbundes vollständig klar darüber, daß der

Grundgedanke des neuen Glaubens

heute keine entscheidende Probe bestehe. Dieser Grundgedanke lautet: Ehe irgend eine einzelne Macht oder Mächtegruppe es unternimmt, das Zwangsmittel der Gewalt zur Durchführung des von ihr vertretenen Rechtes gegen eine andere Nation anzuwenden, muß mit aller Gründlichkeit und Ehrlichkeit der Versuch gemacht werden, auf dem Wege freiwilliger Uebereinkunft den Frieden zu erhalten oder, auf die gegenwärtige internationale Lage angewandt, ihn zu erreichen.

Dieser Kampf der Meinungen ist noch unentschieden. Wir können die seelische Gewalt kennen, die gegeneinander stehen, aber nicht ihr Kräfteverhältnis abschätzen. Die letzte Note des Präsidenten Wilson hat dem deutschen Volke keine Klarheit darüber gebracht, wie der öffentliche Meinungsstreit ausgehen wird.

Vielleicht wird die neue Antwort des Präsidenten die endgiltige Gewißheit bringen. Bis dahin, meine Herren, müssen wir uns in allen unseren Gedanken und in allen unseren Handlungen auf

die beiden Möglichkeiten

richten, erstens darauf, daß die feindlichen Regierungen den Krieg wollen, und daß uns keine andere Wahl bleibt, als uns zur Wehr zu setzen mit der ganzen Kraft eines Volkes, das man zum Aeußersten treibt. Wenn die Notwendigkeit eintritt, so habe ich keinen Zweifel, daß die deutsche Regierung im Namen des deutschen Volkes zur nationalen Verteidigung aufrufen darf, die sie im Namen des deutschen Volkes sprechen dürfte, für das sie für den Frieden handelnd eingriff (Bravo). Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens gestellt hat, der hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflos einem Gewaltfrieden zu beugen.

Aber, meine Herren, auch die zweite Möglichkeit müssen wir heute schon ins Auge fassen. Das deutsche Volk darf nicht blind an den Verhandlungstisch geführt werden. Es ist ein Entschluß von gewaltiger Tragweite. Für unsere Machtstellung soll nicht mehr gelten, als wir selbst für recht halten, sondern was in freier Aussprache mit unseren Gegnern als Recht anerkannt wird. Eine schwere Ueberwindung für ein stolzes und sieggewohntes Volk, denn die Rechtsfrage macht nicht Halt vor unseren Landesgrenzen, die wir der Gewalt niemals freiwillig öffnen würden. Die Sätze, die wir als für uns maßgebend angenommen haben, beruhen auf Problemen innerhalb des Rechtsgebietes.

Der Kernpunkt des ganzen Wilsonschen Programms ist

der Völkerbund.

Er kann garnicht zustande kommen, wenn nicht sämtliche Völker zur nationalen Selbstüberwindung sich aufraffen. Die Realisierung der Rechtsgemeinschaft verlangt das Aufgeben eines Teils der unbedingten Selbständigkeit, die bisher das Zeichen der Staatshoheit war, von uns wie von den anderen. (Sehr richtig!) Für unsere ganze Zukunft wird es von entscheidender Bedeutung sein, in welchem Geiste wir dieser notwendigen Entwickelung folgen. Verharren wir innerhalb auf der Basis des nationalen Egoismus, dann gibt es für uns keine Wiederaufrichtung und Erneuerung. (Sehr richtig!) Aber wenn wir eingesehen haben, daß der Sinn dieses furchtbaren Krieges vor allem der Sieg der Rechtsidee ist, und wenn wir dieser Idee nicht widerstreben, uns dieser Idee unterwerfen nicht mit inneren Vorbehalten, sondern mit aller Freimütigkeit, so finden wir darin ein Heilmittel für die Wunden der Gegenwart und eine Aufgabe für die Kräfte der Zukunft. (Sehr richtig.) Meine Herren! Wir brauchen nur auf die Zeit vor zwei Generationen zurückzugreifen, um alle notwendigen moralischen Triebfedern für die neue Entwicklung vorzufinden. Sind wieder einmal diese Menschheitsziele unser, so wird uns die Zusammenarbeit der Nationen zu der großen befreienden Aufgabe.

Wenn ich heute in dieser schweren Stunde unserem Rufe den Völkerbundsgedanken als eine Quelle des Trostes und neuer Kraft vor Augen stelle, so will ich keinen Augenblick darüber hinwegtäuschen, welche

gewaltigen Widerstände

noch zu überwinden sind, ehe der Gedanke Wirklichkeit werden kann. Mögen uns die nächsten Tage oder Wochen zu weiterem Kampf aufzurufen, oder mag sich der Weg zum Frieden öffnen, darüber kann kein Zweifel sein, daß wir den Aufgaben des Krieges oder des Friedens nur gewachsen sein werden durch die Durchführung des Regierungsprogramms und die entschiedene Abkehr vom alten System. (Lebhafte Zustimmung links.)

Damit, meine Herren, bin ich auf die

Fragen der inneren Politik

gekommen, über die ich der deutschen Volksvertretung Rechenschaft schuldig bin.

Die Reform des Wahlrechts in Preußen

ist durch ein dankenswertes Entgegenkommen der Parteien auf die Vorschläge der Regierung so weit gefördert worden, daß die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts dort gesichert ist. (Bravo!) Dem Reichstag liegen zwei Gesetzentwürfe vor, die unsere neue Regierungsweise von den verfassungsmäßigen Schranken befreien sollen, die ihr noch im Wege stehen. Der erste Entwurf will für die Mitglieder dieses hohen Hauses die Möglichkeit schaffen,

in die Reichsleitung einzutreten,

ohne ihr Reichstagsmandat zu verlieren. Das ist unerläßlich, wenn die Verbindung zwischen dem Parlament und den obersten Reichsbehörden so fest bleiben soll, wie die gemeinsame Arbeit und das gegenseitige Vertrauen es erfordern. Der Entwurf schlägt ferner eine Aenderung des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers vor. Bisher konnten nur die Leiter der obersten Reichsbehörden Stellvertreter des Kanzlers werden. In Zukunft sollen sich Reichstagsabgeordnete an der Leitung der Reichspolitik beteiligen und namens des Reichskanzlers Rede stehen, ohne zugleich ein Ressort zu haben. Damit ist ein neuer Weg geöffnet, um zur verantwortlichen Leitung der Reichsgeschäfte zu gelangen, der parlamentarische Weg. Im Zusammenhang hiermit stehen die Vorarbeiten für den restlichen

Ausbau der politischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers,

die durch die Einsetzung eines Staatsgerichtshofes zu sichern wäre. Das neue System der Reichsregierung hat eine neue Regierungsweise in den Reichslanden als natürlichen Folge gehabt. Die Statthalterschaft Elsaß-Lothringens hat ein Elsässer übernommen, ein Elsässer ist ein Staatssekretär geworden.

Meine Herren! Der ganze Entwurf, der die Aenderung des Artikels 11 der Reichsverfassung bezweckt, enthält die zwingende Festlegung für den Grundgedanken der neuen Regierungsart. Er will, daß der Reichstag als berufener Volksvertretung bei der Entscheidung über die wichtigsten Lebensfragen der ganzen Nation und bei den Fragen

von Krieg und Frieden

ein volles Mitbestimmungsrecht hat. (Bravo!) Die Bürgschaft könnte verstärkt werden, wenn auch die Bündnisverträge der neuen Bestimmung unterworfen würden. Auch zu einer solchen Erweiterung der Volksrechte wird die Reichsregierung gern die Hand bieten, wenn der Völkerbund praktische Gestalt gewinnt. Der Kriegszustand hat in allen Ländern drückende Einschränkungen der staatsbürgerlichen Freiheit zur Folge gehabt. Ihre volle Wiederherstellung wird der Friede bringen. Außerordentliche Vollmachten der Kriegszeit sind noch nicht entbehrlich, sie können aber jetzt nur noch im Einverständnis mit dem Reichskanzler ausgeübt werden, der für die Ausführung dem Reichstage verantwortlich ist.

Die Anordnungen Sr. Maj. des Kaisers, die ich am 5. Oktober angekündigt habe, sind inzwischen ergangen und umfassen nicht allein die Maßnahmen auf dem Gebiete der Zensur, des Vereins- und Versammlungswesens und der Beschränkung der persönlichen Freiheit, sondern sie erstrecken sich auf die gesamte Tätigkeit der vollziehenden Gewalt auch im Arbeitsgebiet der Wirtschafts- und sozialen Politik.

Meine Herren! Auf meinem Programm am 5. Oktober stand auch Begnadigung der Personen, die wegen politischer Verbrechen oder Vergehen, besonders im Zusammenhang mit Arbeitseinstellungen, Straßenkundgebungen oder ähnlichen Vorfällen verurteilt sind. Eine weitgehende Amnestie dieser Art ist beim Kaiser und sämtlichen Bundesregierungen angeregt und in Ausführung. Schon haben Verurteilte in großer Zahl ihre Freiheit wiedergewonnen, manchen von ihnen hat die Regierung Gnade erst nach Ueberwindung quälender vaterländischer Sorgen vermittelt.

Meine Herren! Allen Schritten auf der neuen Bahn, die ich Ihnen hier aufzählen durfte, haben alle verfassungsmäßigen Instanzen einmütig zugestimmt. Sie haben sich voll auf den Boden der von mir und meinen Mitarbeitern vertretenen Regierungsart gestellt.

Wenn auch Sie den Vorlagen beipflichten, wird

die Völkerregierung

fest in den Reichsgesetzen verankert sein. Ich weiß, meine Herren, der Rückblick auf die innere politische Ernte der denkwürdigen drei Oktoberwochen löst sehr verschiedene Stimmungen in Ihnen aus. Dem einen wird er als Schilderung eines unbeschönigten Laufes auf der schiefen Ebene erscheinen, die zum Umsturz der bestehenden Ordnung führt, dem anderen als ein unsicheres, ziellose Tasten nach der neuen Staatsreform. Wer frei von der Verantwortung ist, der ist frei in der Kritik. Beiden gegenüber stelle ich für die Regierung der Reichstagsmehrheit fest, daß meine Kollegen und ich, sowohl in Ziel als in der Art, wie wir diesem nachstreben, völlig einig sind. Das Ziel ist die politische Mündigkeit des deutschen Volkes. (Lebhafter Beifall.) Mir und meinen Mitarbeitern steht es vor Augen, unverrückt als Leitstern.

Die einzelnen Mitglieder der Regierung gingen ursprünglich von verschiedenen Ausgangspunkten aus; sie verfolgen aber das gemeinsame Ziel mit derselben Treue, und deshalb haben ihre Wege immer mehr zueinandergeführt. Unser Volk hat schon längst eine Reihe von Rechten, um die es mancher politisch reife Nachbar beneidet. Deutsche kommunale Selbstverwaltung war in mehr als in einer Hinsicht mustergültig. Das Reichstagswahlrecht war längst das freiste Wahlrecht der Welt, und der Reichstag, der vom Reiche gewählt war, hatte stets das stark politische Machtmittel der Budgetbewilligung.

Aber das deutsche Volk machte in entscheidenden Stunden von seiner Macht keinen Gebrauch. Seine Hauptkraft wirkt sich aus in den großen Einzelleistungen außerhalb der Politik. Nicht die Willkür der eingesetzten Gewalten, sondern der Mangel an Volkswillen und Machtwille im Volke erhielt Deutschland lange als Obrigkeitsstaat. Seit dem Juli 1917 reift der Entschluß zur politischen Verantwortlichkeit; jetzt Ende September ist er zum Durchbruch gekommen, und dadurch ist alles neu geworden. Und, meine Herren, darin liegt

die Gewähr für den Bestand und den Ausbau des neuen Systems:

es kann durch eine entscheidende Wendung in der Charakterentwicklung des deutschen Volkes, die nach allen Leistungen dieses Krieges, allen Taten und Opfern unausbleiblich geworden war. Darin liegt eine bessere

reale Garantie als in irgend einem Gesetzesparagraphen. Hieraus ergibt sich für mich eine sichere Marschroute für alle unsere Maßnahmen. Wir dürfen um des Auslandes willen, auch nicht um der Not des Augenblicks Herr zu werden, zu Regierungsformen schreiten, hinter denen nicht unsere innere Ueberzeugung steht, die nicht ein Ausdruck unserer Eigenart und Geschichte sind, sonst handelten wir unaufrichtig und nähmen dadurch dem neuen System den Stempel der Unwiderruflichkeit, dem wir nicht entbehren können. (Beifall.)

Meine Herren! Der gewaltige Ruf, den Fichte in schwerer Zeit an die Deutschen richtete, ergeht auch an uns: Erhaltet Euch als Volk für die Aufgaben in der Welt, die nur ihr lösen könnt, wie jedes Volk eine Aufgabe hat, die ihm vor anderen gestellt ist. Die Stunden im Leben der deutschen Nation, die sie niederzuschlagen scheinen, sind noch immer die Geburtsstunden einer neuen geistigen Kraft gewesen. Aber um unsere Eigenart ruhig zu entwickeln, müssen wir unser Hausrecht wahren können. An unsern Toren steht der Feind. Unser erster und letzter Gedanke gehört den Tapferen, die sich gegen die Uebermacht verteidigen und die wir gegen ungerechte Anklagen verteidigen müssen. (Bravo.) Meine Herren! **Man soll nicht glauben, daß man unser Heer beleidigen kann, ohne unser Volk an der Ehre zu treffen.** (Bravo!) Schlimme Einzeltaten und Ausnahmen hat es in jeder Armee gegeben, aber der große Wille des Volksheeres lehnt sie ab. Meine Herren! Unsere Soldaten haben es heute furchtbar schwer, sie kämpfen mit Sorgen um die Heimat, sie kämpfen mit dem Gedanken an den Frieden und halten stand. Wir danken ihnen, wir vertrauen ihnen, wir rufen ihnen zu, **die Heimat läßt euch nicht im Stich.** (Bravo!) Was Ihr braucht und was sie hergeben kann an Menschen, an Mitteln und an Mut, das soll Euch werden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Herold (Zentr.):

Den bedeutsamen Erklärungen, welche der Herr Reichskanzler über unsere innerpolitische Entwickelung sowie über die Friedensbestrebungen am 5. Oktober und heute abgegeben hat, geben wir unsere volle Zustimmung. Insbesondere begrüßen wir, daß durch den Eintritt einer größeren Anzahl von führenden Parlamentariern aus den Mehrheitsparteien in die Regierung **die engsten Beziehungen zwischen Regierung und Volksvertretung** herbeigeführt werden. Die vollen Kräfte aller Volksschichten, auch der breitesten Volksmassen, werden dadurch für die Erfüllung der großen Staatsaufgaben gewonnen, und die Regierung erlangt für alle ihre Maßnahmen eine sichere Majorität, **getragen von dem Vertrauen der Bevölkerung.** Das deutsche Volk hat durch diese freiheitliche Entwickelung seine Geschicke selbst in die Hand genommen. Die neue Regierung ist das ausführende Organ des Volkswillens.

Ein neues Deutschland mit freiester Verfassung ist erstanden.

Möge es den verschiedenen Parteien und allen Berufsschichten in gemeinsamer Arbeit bei den engsten Beziehungen zu den ausführenden Regierungsorganen in Gegenwart und Zukunft gelingen, für das allgemeine Staats- und Volkswohl eine fruchtbringende Tätigkeit auszuüben! Erleichtert wird dieses dadurch, daß nunmehr in dem größten Bundesstaat Preußen die **Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gesichert** ist, und zwar ohne jede Erschütterung durch Annahme mit überwältigender Majorität.

Der Abänderung des Gesetzes betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers und der Aufhebung des Artikels 21, Absatz 2, der Reichsverfassung werden wir unsere Zustimmung geben, um alle Schwierigkeiten für den Eintritt von Parlamentariern in die Regierung zu beseitigen. Für den Eintritt und erfolgreiches Wirken ist Voraussetzung, daß der Reichskanzler zu seiner Amtsführung das Vertrauen des Reichstages besitzt. Den vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Artikels 11 der Reichsverfassung erachten wir **nicht für ausreichend**, indem wir für erforderlich erachten, daß für jeden Krieg, sei er Angriffs- oder Verteidigungskrieg, als die wichtigste Entscheidung, vor die ein Volk gestellt werden kann, die **Zustimmung des Reichstages** einzuholen ist. Wir werden daher für einen Abänderungsantrag in der Richtung stimmen. Ferner verlangen wir, daß die in Artikel 17 der Reichsverfassung ausgesprochene **Verantwortlichkeit des Reichskanzlers** gemäß der Zusage des Reichskanzlers gesetzlich ausgebaut und sichergestellt wird. Während der langen Dauer des Krieges hat fortgesetzt die Ausführung des Gesetzes über den Belagerungszustand zu berechtigter Unzufriedenheit Veranlassung gegeben. **Wir begrüßen daher die Aenderung des Belagerungszustandsgesetzes und die allerhöchste Ordre, wodurch bei allen Anordnungen die Mitwirkung der Zivilbehörden und in letzter Instanz die Entscheidung des Reichskanzlers maßgebend ist.**

Der Schritt der deutschen Regierung bei dem Präsidenten Wilson zur

Vermittlung des Friedens

nach den mehr als vier schweren Kriegsjahren findet auch unsere Billigung, ebenso wie auch die Antwort auf die Rückfrage des Präsidenten und die letzte Erklärung vom vorgestrigen Tage. (Zustimmung.) Dazu möchte ich mit aller Entschiedenheit feststellen, daß die Verheerungen in Flandern und Frankreich zum größten Teil durch die Beschießungen der Entente herbeigeführt werden. (Zustimmung.) Eine Verschleppung der Einwohner findet nicht statt, vielmehr flüchten diese in Massen unter großen Entbehrungen, um den Schrecken des Krieges zu entgehen. Eine Ueberführung dieser Massenabwanderung in geordnete Bahnen liegt nur im Interesse der Bevölkerung. Den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen, nutzloser Verheerungen oder Vertreibung von Einwohnern **weisen wir mit Entrüstung zurück.** (Beifall.) Unmenschliche Handlungen, Raub und Verwüstung entsprechen nicht deutschem Charakter und deutscher Sitte. (Lebhafter Beifall.) Was aber jetzt mit so furchtbaren Blutopfern unter Zerstörung von blühenden Städten und fruchtbaren Fluren mit unermeßlichem Leide für die fliehende Bevölkerung erobert wird, könnte widerstandslos durch freiwillige Räumung unsererseits nach dem Waffenstillstandsangebot in den Besitz der Feinde gelangen. (Sehr wahr!)

Mehr als vier Jahre haben unsere unübertrefflichen Truppen mit Heldenmut gekämpft. Die gesamte Bevölkerung hat mit großer Aufopferung alle Anstrengungen und Entbehrungen ertragen. Für alle Zeiten ist der heiße Dank des Vaterlandes für die unvergeßlichen Leistungen gesichert. (Lebhafter Beifall.) Friedenssehnsucht erfüllt alle Länder. (Zustimmung.) Wir haben unsere Bereitschaft zu einem annehmbaren Rechtsfrieden erklärt und

das größte Entgegenkommen gezeigt.

Aber die Zukunft Deutschlands muß gesichert bleiben. **Wird die Friedenshand wieder zurückgewiesen, dann wird ein Sturm der Entrüstung über das deutsche Volk dahinbrausen, es wird das gesamte Volk mit erneuter Begeisterung seine Kräfte zusammenfassen zur Verstärkung der Heeresmacht und zur Verteidigung des teuren Vaterlandes.** Ein Volk, das während der langen Kriegszeit solch bewundernswürdige Leistungen aufzuweisen hat, **läßt sich nicht vernichten. Nur ein Friede des Rechts und der Verständigung ist möglich.** Wird er jetzt nicht erreicht, **muß er durch Fortsetzung des Krieges erkämpft werden.** (Sehr wahr!) Die nationale Verteidigung wird aufgeboten, alt und jung, der letzte Mann und jede Frau Deutschlands werden mit Begeisterung jedes Opfer zur Rettung des Vaterlandes bringen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Ebert (Soz.):

So sehr wir bemüht sind, den Optimismus zu bewahren, so müssen wir doch sagen, herrliche Zeiten sind es nicht, denen wir entgegengeführt worden sind. Wir billigen die Antwort der Regierung auf die Wilsonschen Gegenfragen. Den uneingeschränkten U-Bootkrieg haben wir von jeher bekämpft. Das Recht der Selbstbestimmung wird das deutsche Volk sich nie wieder entwinden lassen. Der 5. Oktober ist der Geburtstag der deutschen Demokratie; das deutsche Volk will und wird frei sein. (Sehr gut!) Die Gesetzentwürfe zur Abänderung der Reichsverfassung gehen nicht weit genug. Hat der Reichstag bei Ernennung und Verabschiedung des Reichskanzlers mitzusprechen, erst dann ist die parlamentarische Regierungsform gesichert. Die absolutistische Stellung des Großen Generalstabes ist nicht mehr haltbar. Auch für das persönliche Regiment ist in Deutschland kein Raum mehr. Deutschland muß frei werden oder untergehen. Untergehen soll in Preußen nur die konservative Parteiherrschaft, die unheilvollen Schäden der Militärpolitik müssen beseitigt werden. Die übermäßig hohen Strafen in den besetzten Gebieten müssen aufhören. Die grausamen Urteile gegen die finnischen sozialdemokratischen Abgeordneten sollten nicht vollzogen werden. Den Frauen müßten politische Rechte verliehen werden. Schiedsgerichte, Völkerbund und Abrüstung sind die sichersten Bürgschaften für den dauernden Frieden. Wir bekennen uns genau wie am 4. August 1914 zur Landesverteidigung, so lange es nottut. Wollen die Gegner uns knechten, so rufen wir ihnen zu: Jede Knechtschaft hat ein Ende! (Bravo!)

Abg. Dr. Naumann (Vp.):

Unser Dank und Gruß gilt unserm Heere, das gerade jetzt besonders große Leistungen vollbringt. Die deutsche Regierung hat in diesem Kriege der Einheitlichkeit entbehrt. Das hat das deutsche Volk in den Ruf der Unehrlichkeit gebracht. Unehrlich war es aber nicht, nur unorganisiert war es. Auch in der Regierung kämpften stets zwei Richtungen gegeneinander: Bethmann Hollweg und Tirpitz. Der Zusammenbruch des alten Systems ist da. Jetzt haben wir den Uebergang zum Anfang. Wir müssen die neue Zeit beginnen mit dem Ausbau der Stellung des Reichskanzlers, namentlich hinsichtlich seiner Verantwortlichkeit. Während bisher Parlamentarier, die in die Regierung übernommen wurden, den Zusammenhang mit den Parteien verloren, wird künftig der Faden herüber und hinüber gehen. Damit ändert sich auch der Charakter des parlamentarischen Handelns. Zweideutigkeiten müssen vermieden werden. Eine Nation der Arbeit und des Denkens ist nicht tot zu machen. Das geht nicht; aber mit uns in Frieden zu leben, das geht, wenn sie nur wollen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Stresemann (Natl.):

Der Friedensschritt der Regierung wird von uns gebilligt. Unser Heer leistet in diesem Augenblick, da es nicht zu siegen vermag, Uebermenschliches. Das Blut, das noch weiter vergossen wird, kommt nicht auf unser Haupt. Von einem Verrat Bulgariens möchte ich nicht sprechen. Die Geschichte wird zeigen, wie weit der Friede von Bukarest da mitspricht. In Oesterreich-Ungarn ist der Prozeß noch nicht abgeschlossen. Deutsch-Oesterreich war stets ein sicherer Hort deutschen Empfindens und wird es bleiben. Daß Graf Tisza sich vom deutschen Bündnis losgesagt hätte, trifft nicht zu. Ungarn wird niemals eine Tat der Untreue gegen Deutschland begehen. Wir haben an einen deutschen Sieg geglaubt und schämen uns dessen nicht. Hätte Bismarck eine so starke Arbeiterpartei zur Verfügung gehabt, die gewillt gewesen wäre, in die Regierung einzutreten, er wäre der erste gewesen, der sich diese Kräfte gesichert hätte. Bittere Empfindungen müssen in uns aufsteigen, wenn wir jetzt hören, was wir an Schaffung von Tanks und U-Booten hätten leisten können, und daß wir nicht alle Kräfte ausgenutzt haben. (Sehr richtig!) Zusammengebrochen ist auch die Staatsautorität durch die Art, wie man das Volk zu Betrügern erzogen hat, das die Gesetze überschreiten muß, um das nackte Leben fristen zu können, zusammengebrochen ist das ganze System der Geheimrederei. Wir sind und bleiben Monarchisten. Wir sind aber überzeugt, daß wir der Monarchie am besten nützen, wenn wir an der Neuordnung der Dinge tatkräftig mitarbeiten. Wenn das Geschick unsern Untergang beschlossen hat, so kann das nur so sein, daß wir vor der Geschichte bestehen können. Wir müssen den Platz nach innen und außen behalten, der uns nach unseren Leistungen in der Geschichte zukommt. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (Kons.):

Wir sehen in der neuen Entwicklung nicht einen Fortschritt, sondern eine verhängnisvolle Wendung, aus dem monarchischen ist ein parlamentarisches Reich geworden nach den Grundlagen der Westländer. Die Regierung wird lediglich zum Vollzugsausschuß des Reichstages. Wir schädigen unser Heer gerade in den jetzigen schwersten Zeiten, wenn wir die Tätigkeit des Generalstabes unter Einwirkung des Reichstages stellen. Wir lehnen die Verantwortung für die Folgen der Entwicklung ab, wie wir die vorliegende Verfassungsänderung nicht mitmachen. Die Regierung Bethmann Hollweg hat nicht unter unserem Einfluß gestanden, sondern unter dem der Sozialdemokratie. Wir werden unsere Aufgaben auch weiterhin erfüllen in dem Vertrauen darauf, daß die Zeit kommen wird, in der die konservativen Anschauungen eine gerechtere Würdigung finden werden als heute. Unsere Stellung in der Opposition ist gerade jetzt wesentlich verschärft worden durch eine Kundgebung aus Regierungskreisen, durch den Ausspruch des sozialdemokratischen Parteivorstandes. (Zurufe.) Staatssekretär Scheidemann ist doch Mitglied des Parteivorstandes. Uebernimmt der Reichskanzler die Verantwortung für die Tätigkeit seines Mitarbeiters? (Heiterkeit.) Das Friedensangebot war nicht zweckmäßig und auch nicht notwendig. Auch wir wünschen von Herzen den Frieden. Das deutsche Volk kann und will nicht zur Kapitulierung gezwungen werden. Deutschland ist auch nicht geneigt, Bedingungen anzunehmen, die mit seiner Ehre und mit den Grundsätzen des Gerechtigkeitsfriedens unvereinbar sind und die Zukunft und Sicherheit des Reichs nicht sichern. (Bravo!) Wir müssen festhalten an der Unversehrtheit des Reichsgebiets auch im Osten, deshalb weisen wir mit Entschiedenheit die unerhörten Ansprüche der Polen zurück. Wir sind Pessimisten und glauben, daß wir auch durch die neue Antwort zur Fortsetzung des Krieges gezwungen sein werden. Unser Heer muß durch Zuführung neuer menschlicher und moralischer Kräfte gestärkt werden. Wir beantragen eine Aufbesserung der Mannschaftslöhnung und der Offiziersgehälter. Ruft die Regierung das Volk zur Fortsetzung des Krieges auf und macht es ihm klar, worum es geht, so stehen wir hinter ihm, denn wir wissen, daß das deutsche Volk keinen Frieden der Kapitulation, keinen schmachvollen Frieden wird annehmen wollen und brauchen. (Beifall.)

Von den Abgg. Gothein, Herold und Stresemann ist eine Resolution eingegangen, in der dem Reichskanzler das Vertrauen des Reichstages ausgesprochen wird.

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 2 Uhr vertagt.

Schluß gegen 6¼ Uhr.

Zur deutschen Antwortnote.

Die deutsche Antwort an Wilson im Spiegel der Presse.

hh Berlin, 22. Okt. Zur neuen deutschen Antwort an Wilson schreibt die „Vossische Zeitung“ u. a.: Einen außerordentlichen Beweis ihres Entschlusses, den Gegnern selbst den Vorwand zu weiteren Verzögerung des Friedenswerkes und zu weiteren Verdächtigungen der deutschen Friedensgesinnung zu nehmen, hat die deutsche Regierung dadurch geliefert, daß sie die jedenfalls vollständig grundlosen Beschuldigungen über die Art der Führung des U-Boot-Krieges ungeachtet von dem selbstverständlichen Protest gegen die Unwahrheit dieser Beschuldigungen durch eine Einschränkung dieser Kriegführung beantwortete, die die militärische Wirkung der U-Boot-Waffe aufs Schwerste beeinträchtigt. Durch dieses Zugeständnis sieht Wilson alle Wünsche befriedigt, die er mit Bezug auf den U-Boot-Krieg in den Jahren 1915 und 1916 ausgesprochen hat und von deren Erfüllung er bis zum Beginn des Jahres 1917 seine Tätigkeit als Friedensvermittler abhängig machen wollte.

Die „Tägliche Rundschau“ führt aus: Die deutsche Antwort ist von dem Bestreben diktiert, die Verhandlungen nicht zum Abbruch gelangen zu lassen und, wenn irgend möglich, auch unter Opfern schnellstens zum Frieden zu gelangen. . . . Wir machten unsere U-Bootwaffe stumpf, noch bevor wir überhaupt in Waffenstillstands-Verhandlungen einträten, und wir beginnen abermals eine Halbheit, aus der kein Gewinn, sondern neue Verdrießlichkeiten und Unstimmigkeiten entquellen müßten, wie früher auch. Das Blatt erwartet keinen Waffenstillstand. Es frage sich, ob das wochenlange, fast kläglich anmutende Mühen um eine richtige Antwort nicht besser auf die Organisation der nationalen Verteidigung verwandt worden wäre, die uns [illegible] diese Note nicht erspart werden würde.

Der „Lokal-Anzeiger“ vermißt in der Note in der Verwahrung gegen die maßlosen Verleumdungen, jeden starken, unsere ungeheure Entrüstung über diese Verleumdungen zum Ausdruck bringenden Ton. Das Blatt bezeichnet die Antwort Wilsons an Oesterreich-Ungarn als eine furchtbare, ernste Warnung. Die Note beweise, daß Wilson und die militärischen Ratgeber des Verbandes wünschten, daß wir wehrlos am Verhandlungstisch erschienen.

Im Gegensatz zu diesen Aeußerungen findet die „Germania“ die Festigkeit der Sprache in der Note durchaus wirkungsvoll, zumal sie zugleich gewollt maßvoll geblieben sei. Der Gegner müsse aus diesen neuen Erklärungen herausfühlen, daß er durchaus nicht ein besiegtes Volk vor sich habe. Dieses neue weitgehende Entgegenkommen im Unterseekrieg müsse Wilson politisch befriedigen, wenn er überhaupt befriedigt werden könne. Nun sei es an der Gegenseite, zu zeigen, daß sie ebenfalls ernstlich entschlossen sei, das ihrige für die Wiederkehr des Friedens zu tun.

Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt: Bei weitem am einschneidendsten in der deutschen Note ist die Einschränkung des U-Boot-Krieges. Befehle sind an die U-Boot-Kommandanten ergangen, daß sie keine Passagierdampfer mehr angreifen sollen. Damit wird der Weg Bethmann Hollwegs in den Jahren 1915 und 1916 betreten. Das U-Boot kann zumal in Ansehung der immer größer gewordenen Entfernung auch einem Dampfer nicht ansehen, ob er Passagierdampfer ist, hauptsächlich nicht, ob er wirklich Passagiere an Bord führt. Unsere Feinde werden, wie schon früher, von jedem Dampfer behaupten, er sei ein Passagierdampfer, ohne daß die U-Boote den Gegenbeweis führen können. Möglicherweise wird auch der schöne Brauch der Schutzengel wieder Platz greifen. Die Bedeutung des Zugeständnisses wird also wahrscheinlich eine verhängnisvolle sein.

Die „Kreuzzeitung“ bemerkt, die äußere Form der Note sei im ganzen würdevoll. Mancher hätte vielleicht eine etwas schärfere Verteidigung unserer durch Wilson verletzten Ehre erwartet. Aber das ist mehr Temperamentssache und eine Note ist ja schließlich kein Zeitungsartikel.

Die „Nationalzeitung“ läßt sich wie folgt aus: Der Inhalt der deutschen Antwortnote ist unbedingt in einer Weise gehalten, daß Wilson, falls er nicht, was man ja doch so nicht vorauszusetzen braucht, vom bösen Willen erfüllt ist, die Vermittelungsaktion weiterführen kann, oder besser gesagt, sie nunmehr in Angriff zu nehmen vermag. Denn tatsächlich ist alles, was er in der vergangenen Woche verlangt hat, erfüllt worden, und wenn es ihm darum zu tun ist, Frieden zu machen, so findet er heute auf diesem Wege kein Hindernis mehr.

Im freisinnigen „Berl. Tageblatt“ wird ausgeführt: Es wäre ungerecht und falsch, zu sagen, die Note sei ein verfehltes Dokument. Sie geht auf alle Fragen, die Wilson aufgeworfen hat, mit Ruhe und Sachlichkeit ein. Wenn Wilson den Gewaltfrieden, den die Ententenationalisten begehren, verwirft und einen Versöhnungsfrieden will, bietet ihm auch diese Note zur schroffen Ablehnung keinen Grund.

Der „Vorwärts“ bemerkt: Aus der Antwort des Präsidenten Wilson spricht ein völlig veränderter Geist. Was gleich geblieben ist, ist nur der Wille zur nationalen Selbsterhaltung, das heißt jetzt aber, nicht mehr zur Selbsterhaltung regierender Kasten und veralteter Staatseinrichtung, sondern zur Erhaltung des deutschen Volkes selbst. Wenn es dem Gegner ernst ist mit dem Frieden der Demokratie und der unparteiischen Gerechtigkeit, so liegt ein Weg vor ihm offen, auf dem kein Hindernis mehr zu überwinden ist. Die allernächsten Tage müssen zeigen, ob darüber das Ideal des Völkerbundsfriedens oder die kapitalistisch-imperialistische Machtpolitik die stärkere Macht ist. Diese Tage werden für das Schicksal der Welt entscheidend sein.

In der „Freisinn. Ztg.“ wird ausgeführt: Die deutsche Regierung will, soweit es irgend angängig ist, alle Hindernisse auf dem Friedenswege beseitigen. Sie bleibt ihrem Programm treu und sie antwortet darum dem amerikanischen Präsidenten nicht in dem von ihm angeschlagenen Ton, sondern bewahrt ihre Ruhe und Sachlichkeit, um, falls das Blutvergießen weiter fortgesetzt werden muß, beweisen zu können, daß auch nicht der Schatten einer Schuld und Verantwortung hierfür auf sie falle.

In der „Norddeutschen“ wird redaktionell geschrieben: Die Note ist sachlich und inhaltlich das Ergebnis längerer Verhandlungen [illegible] als die übereinstimmende Meinung aller zur Mitwirkung berufenen Stellen in der heutigen deutschen Volksregierung. Die Note stellt Wilson erneut vor die verantwortungsvolle Frage, ob er die unzweifelhafte deutsche Friedensbereitschaft benutzen will, um seine Ideale zur Verwirklichung zu bringen, oder ob er sich der Macht beugt, die auch jetzt noch die Fortsetzung des Krieges verlangt, um auch künftig die Welt nach den Grundsätzen der Macht und der Gewalt regieren zu können.

*

Der Eindruck der Note im Reichstag.

hh Berlin, 22. Okt. Das „Berl. Tageblatt“ erfährt über die Stimmung im Reichstage: Der Eindruck, den die Form und der Inhalt der deutschen Antwortnote hervorgerufen hat, kann als günstig bezeichnet werden. Hervorgehoben wurde insbesondere die Ehrlichkeit des deutschen Friedenswillens, die in der Art zum Ausdruck kommt. Man hofft, daß die Diskussion über den Frieden fortgesetzt werde und daß Wilson nunmehr die Gelegenheit wahrnehmen werde, der Welt den von ihm propagierten dauernden Rechtsfrieden zu bringen.

Nachmittags und abends fanden im Reichstage Fraktionsbesprechungen statt. Den Gegenstand bildete natürlich in erster Linie die deutsche Note, ferner die Anträge auf Abänderung der Verfassung und schließlich auch Geschäftsordnungsfragen für die Plenarsitzung.

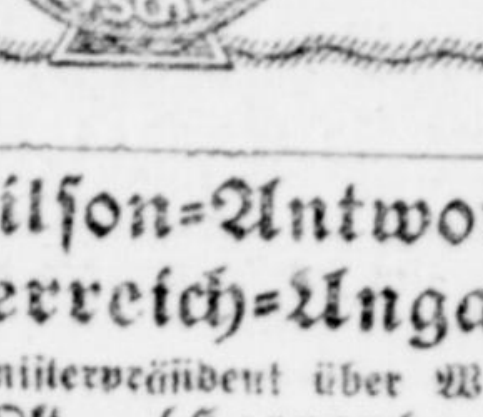
Geheimsitzung des britischen Kabinetts.

hh Rotterdam, 22. Okt. (Privattelegr.) Reuter meldet aus London: Sofort nachdem der Text der deutschen Antwort in London eintraf, hielt das britische Kabinett eine besondere Sitzung ab. Seine Meinung geht dahin, daß die Antwort inhaltlich allein die Vereinigten Staaten angehe. Deshalb müßten die Auffassungen des britischen Kabinetts notwendigerweise einen ganz vertraulichen Charakter tragen. Trotzdem verlautet, daß das Kabinett auf dem Standpunkt stehe, die Note sei unverbindlich und müsse absolut abgewiesen werden.

(Die Parole in England scheint zu sein, unsere Note als unklar hinzustellen und zu behaupten, sie gebe Anlaß zur unbestimmten Fortdauer der Zwiesprache mit Wilson, ein Zustand, der für England, das Klarheit wünsche, nicht angenehm sei. Tatsächlich wünscht England Hinausziehung oder Abbruch.)

Unsere schwere Zeit

fordert Einstellung der Kräfte auf die neue Lage. Auch Umwälzungen im Reiche und unerfüllte Hoffnungen auf Schlachtenglück dürfen nicht vergessen lassen, daß die Geschlossenheit des Volkes oberste Pflicht bleibt. Der Erfolg der 9. Kriegs-Anleihe soll beweisen, daß Deutschlands Stoßkraft ungebrochen ist, bereit zum Frieden, fähig zum Kampf.



Die Wilson-Antwort an Oesterreich-Ungarn.

Der österreichische Ministerpräsident über Wilsons Note.

WTB **Wien, 22. Okt.** (Herrenhaus.) Das Herrenhausmitglied For und andere bürgerliche und tschechische Herrenhausmitglieder richteten an den Ministerpräsidenten eine Anfrage, worin sie ihre Solidarität mit den Bestrebungen auf Errichtung eines tschechischen Staates erklären und den im Manifest betretenen Weg für gangbar erklären. Präsident Windischgrätz rügte in einer Anfrage die gegen Ungarn sowie das verbündete deutsche Reich gerichteten Angriffe. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Ministerpräsident Hussarek erklärt, die Antwort Wilsons biete keineswegs Anlaß, den angebahnten Gedankenaustausch als abgebrochen zu betrachten. Wir werden vielmehr nach sorgfältiger Erwägung der in der Note enthaltenen Momente unsere Friedensaktion fortsetzen und an die Beantwortung der Note schreiten. Wir hoffen, daß die Friedensdiskussion trotz aller in der Nähe gelegenen Schwierigkeiten die Welt in nicht all zu langer Zeit aus den unsäglichen Leiden des Krieges herausführen wird. Der Ministerpräsident erklärt dann, daß von altersher der Grundgedanke der habsburgischen Monarchie der war, daß alle ihre Völker gleichen Rechtes seien. Deshalb kann sich Oesterreich ohne Abwendung von der eingewurzelten Ueberzeugung zu dem Friedensprogramm Wilsons bekennen. Die Neuordnung unserer inneren Verhältnisse steht nicht bloß mit dem Friedensschritt in Zusammenhang, sondern ist auch eine innere Notwendigkeit. Der Ministerpräsident bespricht das kaiserliche Manifest, das eine notwendige und logische Ergänzung des Friedensschrittes sei und verweist darauf, daß die wichtigste Garantie der Selbstbestimmung die gleichberechtigte Selbstbestimmung jedes anderen sei. Nicht nur die Vertretung nach außen und der gemeinsame Schutz, sondern auch gewisse wirtschaftliche Beziehungen drängen aus Zweckmäßigkeitsgründen zu einer Zusammenfassung der Kräfte. Werke der Neugestaltung würden selbstverständlich nur auf verfassungsmäßigem Wege durch Zusammenwirken der Völker geschaffen werden. Die Regierung werde alles daran setzen, das Werk der Neuordnung zu fördern. Wenn in dem Manifest die Integrität der ungarischen Länder betont würde, so sei dies selbstverständlich. Außerdem falle das künftige Schicksal Bosniens und der Herzegowina außerhalb des engeren verfassungsmäßigen Rahmens auf dem die Neuordnung der inneren Verhältnisse Oesterreichs sich aufbauen kann. Doch erklärte der Ministerpräsident, daß in dieser Hinsicht die Zukunft aus dem Zusammenwirken der beteiligten Völker herauswachsen müsse. Bezüglich des Verhältnisses zu Ungarn betonte der Ministerpräsident die Notwendigkeit einer Revision des 67er Ausgleichs und die Aufrechterhaltung des Grundgedankens der pragmatischen Sanktion. Das künftige Verhältnis zu Ungarn wird auf Grund einer paritätischen Wahrnehmung der beiderseitigen Interessen gestaltet werden. Der Minister erklärte schließlich, wenn es auch schwer falle, sich von dem alten Oesterreich zu trennen, dürften wir uns mit dem Bewußtsein trösten, daß der Grundgedanke Oesterreichs und seine geschichtliche Sendung unzerstörbar ist und Glück und Zukunft seiner Völker höher zu stellen ist, als die uns vertraute und ans Herz gewachsene Form.

Auf Antrag des Freiherrn Beck beschließt das Herrenhaus, über die Erklärung des Ministerpräsidenten Mittwoch die Debatte weiterzuführen.

*

Französische Auffassung.

WTB **Paris, 22. Okt.** (Agence Havas.) Die Zeitungen stellen fest, daß die Antwort Wilsons an Oesterreich eine schneidende Ablehnung darstellt. Sie macht gewissen möglichen Illusionen bei andersdenkenden Nationalitäten ein Ende und vereitelt den Versuch Wiens, sich durch einen Vergleich mit dem Grundsatz Wilsons zu retten.

Englische Stimmen.

* **Amsterdam, 22. Okt.** Die englischen Blätter stimmen mit Wilsons Antwort an Oesterreich-Ungarn überein. Oesterreichs Reue komme zu spät. Mit der Annahme von Wilsons 14 Punkten sei es nicht mehr getan. Der „Daily Telegraph“ erklärt, da sich die Tschecho-Slowaken bereits zu einem unabhängigen Staat erklärt hätten, müsse die neue Republik zustande kommen. Wilsons niederschmetternde Antwort werde den Zusammenbruch der Monarchie überstürzen. Diese habe das Schwert gezogen, um Serbien zu vernichten; sie werde jetzt durch das Schwert umkommen. Die „Morning Post“ meint, der Bescheid Wilsons lasse erkennen, **je länger Oesterreich sich wehre, um so schlimmer werde die Abrechnung sein. Die einzige Rettung liege in der bedingungslosen Uebergabe.**

*

(Es ist richtig, die Antwortnote Wilsons wirkt geradezu wie ein Stoß gegen das Herz des Staates Oesterreich. Mit ihr stellt Wilson den Verfall Oesterreichs als seine Forderung hin, obgleich er wiederholt erklärt hat, sich nicht in die inneren Angelegenheiten einmischen zu wollen. Das Vorgehen Wilsons wäre weniger bestürzend, wenn die Möglichkeit vorläge, daß sich in dieser Zeit der österreichischen Not seine Völker darauf besinnen, daß sie ihre politische und kulturelle Entwickelung unter habsburgischem Zepter haben durchführen können. Alle Wohltaten, die oft zum Schaden der Deutschen von Wien aus auf die Tschechen gehäuft wurden, sind vergessen, verbrannt vom Feuer der panslawistischen Leidenschaft. Wilsons Stoß zu parieren, scheint die Wiener Regierung nicht mehr stark genug. In dieser Stunde unserer Gefahr haben wir keinen starken Rückhalt mehr an einem Staatengebilde, das sich als Oesterreich-Ungarn mit uns verbündet hat. Welche Mahnung darin für jeden Deutschen liegt, der sein Vaterland liebt, braucht nicht mehr gesagt zu werden.)

Die deutsche Nationalversammlung in Oesterreich.

WTB **Wien, 22. Okt.** Am späten Nachmittag trat im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landtags die Deutsche Nationalversammlung zusammen. Bald nach 5 Uhr eröffnete Reichratsabgeordneter Professor Waldner die Sitzung mit einer Ansprache, worin er auf die schwere Pflicht des deutschen Volkes verwies, bei der Aufteilung der Erbschaft des alten Staates unter die Staaterben mitzuwirken und dabei das deutsche Volk vor jeder Ungebühr zu bewahren, sowie auf die noch schwere Pflicht, es aus der Ernährungsnot zu befreien, denn die Auflösung der österreichischen Monarchie bedrohe das deutsche Volk mit Abschnürung und Isolierung.

Die Versammlung nahm sodann unter stürmischem Beifall einen einstimmig beschlossenen

Antrag

an. Dieser spricht die Entschlossenheit des deutschen Volkes aus, in Oesterreich seine künftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen und einen selbständigen deutschösterreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu den anderen Nationen durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln. Der deutsch-österreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern. Jeder Annexion von den durch deutsche Bauern, Arbeiter und Bürger bewohnten Gebieten seitens anderer Nationen wird sich der deutschösterreichische Staat widersetzen. Den Zugang des deutschen Volkes zum Adriatischen Meere wird er durch Vereinbarung mit den anderen Nationen sicher zu stellen suchen. Bis zu der auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechtes zu wählenden konstituierenden Versammlung, welche die Verfassung des deutschen Staates festsetzen wird, wird das deutsche Volk in Oesterreich von der Gesamtheit der deutschen Reichratsabgeordneten als provisorische Nationalversammlung für Deutsch-Oesterreich vertreten. Diese beansprucht das Recht, bis zum Zusammentritt der konstituierenden Nationalversammlung das deutsche Volk in Oesterreich bei den Friedensverhandlungen zu vertreten, die Verhandlungen mit den anderen Nationen über die Uebertragung der Verwaltung an die neuen Nationalstaaten und über die Neugestaltung der Beziehungen zwischen den Nationen zu führen, sowie die Gesetzgebung und die Vollzugsgewalt einzurichten. Sie wird die Wahlordnung für die konstituierende Nationalversammlung feststellen und die Organisation der inneren Verwaltung des Deutsch-österreichischen Staates vorbereiten. Besondere Aufmerksamkeit wird sie der wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes in Oesterreich zuwenden und die infolge der Stockung der Lebensmittelzufuhr drohenden Gefahren zu bekämpfen sich bemühen und die hierfür erforderlichen Verhandlungen führen. Zur Lösung dieser Aufgaben beschließt die Versammlung die Wahl eines 20gliedrigen Vollzugsausschusses mit dem Auftrag, Anträge über die Errichtung des deutsch-österreichischen Staates zu unterbreiten und bis zur Bildung einer deutsch-österreichischen Regierung das deutsche Volk in Oesterreich gegenüber der gemeinsamen österreichischen Regierung sowie gegenüber den anderen Nationen zu vertreten und die Stellung Deutsch-Oesterreichs bei den Friedensverhandlungen vorzubereiten; ferner die Wahl eines Verfassungsausschusses zur Ausarbeitung der Wahlordnung für die Konstituante, die Wahl eines Verwaltungsausschusses zur Ausarbeitung der Anträge über die Organisation der inneren Verwaltung sowie eines Entwurfes der Gemeindeordnung und einer demokratischen Gemeindewahlordnung, die Wahl eines Ernährungsausschusses, eines volkswirtschaftlichen Ausschusses der die wirtschaftlichen und staatsfinanziellen Auseinandersetzungen mit den anderen Nationen vorzubereiten hat und schließlich die Wahl eines kriegswirtschaftlichen Ausschusses. Der Vollzugsausschuß wird ermächtigt, zur Durchführung dieser Arbeiten die erforderlichen Ausgaben zu bestreiten und zu diesem Zwecke Darlehen aufzunehmen. Schließlich spricht der Antrag die Bereitschaft der Reichsratsabgeordneten des deutschen Volkes aus, auf der noch bestehenden Verfassungsgrundlage an dem Zustandekommen aller jener Maßnahmen mitzuwirken, die notwendig sind, um das Rechts- und Wirtschaftsleben bis zur Uebernahme aller staatlichen Verpflichtungen durch die Völker zu sichern.

Nach Annahme eines gemeinsamen Beschlußantrages erklärte Präsident Seitz, daß hiermit die provisorische Nationalversammlung des deutschen Oesterreichs gebildet sei.

Abg. Adler erklärte namens der deutschen Sozialdemokraten deren Willen, einträchtig mit den übrigen Mitgliedern der Nationalversammlung ihre Pflicht zu erfüllen, ohne jedoch die Prinzipien der Sozialdemokratie aufzugeben. Er verliest eine Erklärung, welche die Bereitschaft ausdrückt, mit den übrigen Nachbarvölkern sich zu einem freien Völkerbund zu vereinigen, wenn sie es unter annehmbaren Bedingungen wollen. Sonst müßte der deutsch-österreichische Staat sich als Sonderbundesstaat dem Deutschen Reiche angliedern. Die Erklärung verlangt zur Vorbereitung einer demokratischen Organisation der Verwaltung die schleunigste Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für Männer und Frauen in den Gemeinden und die demokratische Selbstverwaltung in den Bezirken, Kreisen und Ländern und spricht den Wunsch aus, daß die Nationalversammlung möglichst bald eine deutsch-österreichische Regierung bilden solle behufs selbständiger Führung der Friedensverhandlungen und Uebernahme der ganzen inneren Verwaltung Deutsch-Oesterreichs.

Abg. Banß erklärt namens der deutsch-österreichischen Unabhängigkeitspartei: Indem wir das Recht der anderen Völker auf eigene Staatlichkeit im Bereiche ihrer Siedlungsgebiete sowie ihr Recht auf Vereinigung mit ihren Volksgenossen in den Ländern der ungarischen Krone anerkennen, beanspruchen auch wir alle in der normalen Donaumonarchie diesseits und jenseits der Leitha lebenden Deutschen in unserem Staatswesen zu vereinen. Diese Erklärung drückt den Wunsch nach dem innigsten Verhältnis Deutsch-Oesterreichs zum Deutschen Reich aus.

Abg. Schrafil gibt namens der christlich-sozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter folgende Erklärung ab: Die christlich-soziale Vereinigung deutscher Abgeordneter wird unter grundsätzlichem Festhalten an der monarchischen Regierungsform ihren Einfluß im Sinne der Demokratisierung Deutsch-Oesterreichs geltend machen und zwar in Form der Heranziehung des Volkes zur Gesetzgebung und Verwaltung. Wenn die neuen Staaten in Rücksicht auf ihre geographische Lage und ihren wirtschaftlichen Zusammenhang aus freiem Entschluß eine Vereinigung zu einem Bundesstaate einzugehen gewillt sind, so wird die christlich-soziale Vereinigung unter voller Wahrung der nationalen, politischen und wirtschaftlichen Interessen des deutsch-österreichischen Volkes für die Bildung eines solchen Bundesstaates eintreten.

Abg. Dr. Steinwender gab im Auftrage des Verbandes der deutschnationalen Parteien eine Erklärung ab, worin es heißt: Wir Deutschen in Oesterreich haben für diesen Staat gesorgt, sehr oft mit Zurücksetzung unseres eigenen Vorteils. Der Zwang der Verhältnisse macht dem alten Staat ein Ende. Nun stehen wir Deutschen in voller Einigkeit auf dem Boden der Selbständigkeit. Wir deutschen Bürger wahren dabei die Liebe zur Heimat. Wir bleiben überzeugte Anhänger der monarchischen Staatsform. (Bravorufe.) Der Staat Deutsch-Oesterreich wird sein Verhältnis zum Deutschen Reiche und zu den anderen Nationen in freier Selbstbestimmung ordnen. (Bravorufe.) Regierung und Parlament werden, bis sie von den neuen Gestaltungen abgelöst werden, nicht bloß die laufenden Geschäfte fortführen, sondern auch Bürgschaften dafür zu schaffen haben, daß das Volk nicht zu Grunde gehe, daß sie das erhalten, was ihnen der alte Staat schuldig geworden ist. (Beifall.) Das Gewerbe, der bäuerliche Mittelstand und die Arbeiterschaft sollen einer gesicherten Zukunft entgegengeführt werden. In dieser Zeit kennen wir keine

andere Ansicht als die Pflicht gegen unser Volk. (Beifall).

Auf Antrag Freisler wird einstimmig die Wahl von 20 Abgeordneten in den Vollzugsausschuß vorgenommen. Der Vollzugsausschuß wurde beauftragt, über die durch die Antwort Wilsons an die österreichisch-ungarische Regierung geschaffenen politischen Lage zu beraten.

Vom Kriegsschauplatz im Westen.

Luftangriffe auf die besetzten Gebiete.

WTB **Berlin**, 22. Okt. Als Vorboten der Befreiung suchen täglich Verbandsflugzeuge die besetzten Gebiete auf und werfen auf bisher unzerstörte belgische und französische Städte Bomben. Am 18. Okt. nachmittags griffen zwölf Flugzeuge Gent an; unter den 68 Opfern sind allein 22 Kinder tot bezw. verletzt gemeldet. In der Nacht vom 18. Oktober auf den 19. Okt. waren Maubeuge, Hirson, Hautemont, Fournies, und Mont Cornet Ziele feindlicher Fliegerangriffe. Neben beträchtlichem Häuser- und Brandschaden sind eine Anzahl Personen, hauptsächlich aus der Zivilbevölkerung, getötet und verwundet worden. Am 19. Oktober, 2 Uhr nachmittags, wurde Mons mit Bomben belegt. Das Frauenhospital, die Jesuitenstiftung, das deutsche Lazarett und einzelne Stadtteile wurden besonders schwer heimgesucht. 38 Tote, bezw. Verletzte, darunter 23 Frauen. Am 19. Oktober wurde Inaumont nordwestlich Rethel, zum erstenmal von feindlicher Artillerie beschossen.

Der König und die Königin von Belgien wurden am Sonntag nachmittag um 4 Uhr in Brügge erwartet. Der berühmte alte Glockenturm, die alte Kathedrale und die übrigen historischen Gebäude mit allen Kunstwerken darin sind vollkommen unbeschädigt. Zwischen dem deutschen und dem belgischen Heere entsteht noch keine Fühlung.

Flüchtlingselend.

WTB **Berlin**, 22. Okt. Erschütternde Bilder werden aus Belgien und Nordfrankreich von dem Elend der vor den englischen und französischen Granaten flüchtenden Bevölkerung berichtet:

Alle deutschen Kolonnen sind mit Flüchtlingen beladen, oft mehr, als den Pferden zugemutet werden dürfte. Die Fahrer teilen Essen und Brot mit den Unglücklichen. Selbst die Batterien müssen helfen, alle die fortzuschaffen, die vor englischen und französischen Granaten fliehen. Auf den Protzen sitzen Greise und alte Mütterchen, auf den Rad sitzen Kinder, und die gutmütigen Kanoniere gehen nebenher und helfen Handwägelchen mit armseligem Hausrat ziehen. Wo es geht nehmen Eisenbahnzüge und Autokolonnen die Flüchtlinge auf. Doch weder Wagen noch Züge reichen für die Aufnahme aller aus, und so sieht man zwischen den Kolonnen und marschierenden deutschen Truppen arm und reich bunt durcheinander zu Fuß durch Regen und Kot trotten. Hier führt der Sohn seine Mutter auf einer Schiebekarre, dort sitzt ein berühmter Cellist am Straßenrand; müde und bleich kaut er an einem Stück Brot das ein deutscher Soldat mit ihm teilte. Dann senkt sich kalt und feucht die Dämmerung herab; der Regen rieselt weiter; da und dort bricht ein Wagen zusammen, das Jammergeschrei der Betroffenen, die im Straßenschmutz ihre Habseligkeiten zusammensuchen, gellt durch die Nacht. So geht der Marsch bis die Unterkünfte erreicht sind, wo, so gut es geben will, Quartier und Verpflegung bereitgestellt sind. Die aber den Mut haben der Gefahr zu trotzen, und lieber in ihrem Heim sterben als es verlassen möchten, verbarrikadieren die Kelleröffnungen, schaffen Matratzen und Lebensmittel hinunter und harren angstvoll des Augenblicks bis entweder ihre Häuser über ihnen zusammenstürzen oder sie bleich und übernächtig die einrückenden englischen und französischen Truppen als „Befreier“ begrüßen können.

Die neutrale Kommission.

WTB **Berlin**, 22. Okt. Eine neutrale Kommission bestehend aus dem spanischen und holländischen Gesandten in Brüssel und einem angesehenen Bürger der Stadt besichtigten die Zerstörungen, die englische Granaten innerhalb weniger Tage in dem weit hinter der Front liegenden Denain angerichtet haben und wurden Zeuge fortwährender Abwürfe von Bomben auf Tournai und Valenciennes.

Die Lage in Rußland.

Nikolai Nikolajewitsch ist wohlbehalten.

WTB **Moskau**, 22. Okt. (Rosta.) Der totgesagte frühere Oberbefehlshaber Nikolai Nikolajewitsch befindet sich wohlbehalten in Kiew. Einer früheren Meldung zufolge sollte er erschossen sein.

Erfolge der Sowjettruppen.

WTB **Moskau**, 22. Okt. (Rosta.) Seit Mitte Oktober ist Bugulma in den Händen der Sowjettruppen. Die Besetzung dieser Stadt ist von großer Bedeutung. Bis Ufa steht uns nun kein einziger bedeutender Ort mehr im Wege. Mit dem Fall Ufas werden die Gegenrevolutionäre den letzten wichtigen Stützpunkt diesseits des Ural verlieren. Nach der Einnahme Bugulmas ist eine feindliche Abteilung von 3000 Mann zu uns übergetreten. An der nördlichen Düna haben wir in Richtung auf Kotlas bedeutende Erfolge gehabt. Viel Munition, insbesondere ungeheure Mengen von Patronen sind in unsere Hände gefallen.

Eine Niederlage der Bolschewiki im Ural.

WTB **Shanghai** 22. Okt. (Reuter.) Im Ural sind 80000 Bolschewiki, welche auf Jekaterineburg vorrückten, von den Tschecho-Slowaken und sibirischen Streitkräften schwer geschlagen und zurückgetrieben worden. 1000 Bolschewicki wurden getötet, drei Panzerwagen, elf Lokomotiven und 60 Maschinengewehre erbeutet.

Die Berichte der Verbündeten.

Oesterreichisch-ungarischer Bericht.

WTB **Wien**, 22. Okt. Amtlich.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Gestern in den frühesten Morgenstunden gelang es dem Feinde im Gebiete des Monte Sisemol vorübergehend in unsere Gräben einzudringen; er wurde durch Gegenstoß geworfen. Weitere Angriffsversuche scheiterten in unserem Feuer. Im Alano-Becken vereitelten wir italienische Erkundungsversuche.

Balkan-Kriegsschauplatz.

An der Morawa wurden Angriffe abgewiesen. Eine Unternehmung deutscher Truppen führte in die feindliche Stellung. Bei Zajecar vermochte der Feind Boden zu gewinnen. In Albanien kam es am Matifluß zu Nahkämpfen.

Die feindlichen Heeresberichte.

Französischer Nachmittagsbericht vom 21. Okt.: Während der Nacht ziemlich starke Artillerietätigkeit zwischen Serre und Aisne. In Lothringen und Elsaß unternahmen die Franzosen Ueberfälle auf die deutschen Linien, wobei sie Gefangene machten. An der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Englischer Bericht vom 21. Okt. nachm.: Die Zahl der von uns in unseren gestrigen Gefechten nördlich Le Cateau gemachten Gefangenen ist jetzt auf über 3000 gestiegen. Die feindlichen Stellungen längs des Selle-Flusses waren von großer natürlicher Stärke; sie wurden entschlossen festgehalten. Der Feind bot in den Dörfern längs der Eisenbahnlinie heftigen Widerstand. Bei Ueberwindung des Widerstandes wurde an gewissen Punkten von Tanks wertvolle Hilfe geleistet, denen es, trotzdem das Wasser des Flusses über die Ufer getreten war, gelang, zu früher Morgenstunde das Ostufer zu erreichen. Sobald die Front gesichert war, wurde unter dem heftigen Feuer der feindlichen Artillerie und Maschinengewehre in aller Eile eine Anzahl Brücken geschlagen, die es unseren Geschützen ermöglichte, knapp hinter der vorrückenden Infanterie vorzugehen und sie auf kurzem Abstand wirksam zu unterstützen. Während des Abends wurden in örtlichen Gefechten gewisse Punkte, an denen feindliche Abteilungen noch immer Widerstand leisteten, gesäubert. Ein Gegenangriff aus Richtung von Romeries wurde mit schweren Verlusten abgewiesen. Nördlich Denain setzen unsere vorgeschobenen Truppen ihren Vormarsch noch immer fort. Sie sind in Fühlung mit dem Feinde und nähern sich dem Dorfe St. Amand und der Scheldelinie nördlich Tournai.

Kriegsziel- und Friedensfragen.

Eine Friedensdebatte im englischen Unterhause.

* **Basel**, 22. Okt. Im Unterhause fragte der liberale Abgeordnete Greenwood die Regierung am 17. Oktober, ob die verbündeten Mächte jemals auf einer gemeinsamen Konferenz die 14 Punkte des Präsidenten Wilson als Basis einer Verhandlung mit den Deutschen erörtert und angenommen hätten. Bonar Law erwiderte: Die Antwort ist verneinend. In Beantwortung einer Frage des Abgeordneten Trevelyn, der Aufklärung darüber haben wollte, ob die britische Regierung die Regierung in Washington bestimmt benachrichtigt habe, daß sie Wilsons Rede vom 8. Januar als Ausdruck der Politik annahm, auf Grund deren sie ebenfalls bereit sein würde, Frieden zu schließen, führte Bonar Law aus: Die Regierung steht in ständigem Gedankenaustausch mit der Regierung der Vereinigten Staaten, aber ich glaube nicht, daß es wünschenswert ist, gegenwärtig irgendwelche weiteren Mitteilungen zu machen. Lee Smith fragte darauf: Könnte der ehrenwerte Herr nicht mancherlei Mißverständnis aufklären, indem er sagte, ob die 14 Punkte des Präsidenten von der Regierung angenommen sind? Bonar Law: Ich werde mich immer freuen, Mißverständnisse aufklären zu können, aber ich bin bemüht, nicht noch weitere Mißverständnisse hinzuzufügen. (Hört, hört!)

Die „Times“ teilen mit, daß die Mitglieder des radikalen Flügels der liberalen Partei am 17. Oktober im Unterhause eine Versammlung abhielten, in der folgende Entschließung gefaßt wurde: Der Ausschuß des radikalen Rates macht die Radikalen im ganzen Lande auf die Bemühungen aufmerksam, die in gewissen Kreisen im Gange sind, um die Friedenssätze des Präsidenten Wilson bei Seite zu schieben und auf die Tatsache, daß die Regierung noch nicht auf Wilsons Appell vom 27. September bezüglich eines Beitritts der Alliierten zu seinen Zielen geantwortet hat. Der Ausschuß fordert die Regierung auf, eine amtliche Erklärung zu geben, in der sie die völlige Annahme der Bedingungen des Präsidenten, sowohl den Buchstaben als auch dem Geiste nach, klar macht.

Die schleswigsche Frage.

WTB **Berlin**, 22. Okt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt halbamtlich: In verschiedenen Blättern sind Nachrichten aufgetaucht, daß die dänische Regierung an die kaiserliche Regierung eine Note gerichtet habe, die in langer Fassung nahelege, gewisse Vertragspunkte aus den sechziger Jahren, die bisher unerledigt geblieben einer wohlwollenden Erwägung zu unterziehen. Gegenüber diesen Meldungen stellen wir hiermit fest, daß die dänische Regierung weder eine Note an die kaiserliche Regierung gesandt noch sonst in irgendeiner Form in der schleswigschen Frage an die kaiserliche Regierung herangetreten ist.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Der Kriegsminister gegen die feindlichen Beschuldigungen.

bb. **Berlin**, 22. Okt. Der Kriegsminister empfing gestern den Direktor Stolberg der „Nordd. Allgem. Zeitung“. Im Verlaufe der Unterredung kam das Gespräch auf die neuerliche Behauptung der gegnerischen Presse, Deutschland sei aus Mangel an Kriegsmaterial zum Frieden gezwungen.

Der Kriegsminister erwiderte: Trotz des Ansturmes der Gegner konnten alle Anforderungen der Front, insbesondere an Geschützen und Kriegsmaterial ohne Unterbrechung erfüllt werden. Unsere Materialreserven, unsere Munitionserzeugnisse und die Fertigstellung von Gewehren, Geschützen und Kriegsgerät sind für die Deckung der Ausfälle der letzten Wochen mehr als ausreichend. Was also die Ententeartikel sagen, sind wiederum bewußte falsche Behauptungen der Gegner. Deutschland wird nie aus Mangel an Kriegsmaterial Frieden zu schließen brauchen. Die augenblickliche Ueberlegenheit des Gegners liegt hauptsächlich in dem Gebrauch der Tanks. Es wird bereits seit längerer Zeit kräftig daran gearbeitet, diese als wichtig erkannte Waffe in gegebener Zahl herzustellen, so daß wir hinreichend Hilfsmittel zur erfolgreichen Durchführung des Krieges haben werden, falls wir gezwungen werden sollten, ihn fortzusetzen.

Als der Zeitungs-Vertreter dann auf die in der Note Wilsons gegen das deutsche Militär erhobenen Beschuldigungen zu sprechen kam, wandte sich der Kriegsminister in längeren Ausführungen und an Hand von Beispielen gegen diese. So führt er die von uns schon gestern mitgeteilten Daten über die feindliche Beschießung von Cambrai an. Dann sagte er u. a. weiter: Von deutscher Seite sei wiederholt Befehl gegeben worden, daß die Zerstörungen auf das äußerste Maß der militärischen Notwendigkeiten zu beschränken seien, und man habe Sorge getragen, daß diese Befehle in die vorderste Linie gedrungen seien. Von einer Verschleppung der Einwohner könne keine Rede sein; die Leute laufen von selbst davon vertrieben durch die Artilleriegeschosse und Fliegerbomben ihrer Landsleute und ihrer Verbündeten. Wo dicht hinter der vordersten Feuerlinie ein zwangsweiser Abschub der Zivilbevölkerung erfolgt sei, war er aus Gründen der Menschlichkeit geboten; man mußte die Unglücklichen vor blutigen Verlusten durch die feindliche Beschießung und durch Regelung des Abtransportes und der Verpflegung wenigstens vor dem bittersten Flüchtlingselend bewahren. In Anbetracht der Lage habe die deutsche Regierung bereits eine Milderung dieser Verhältnisse auf diplomatischem Wege angestrebt. Solange ein Zurückgehen im Kampf erfolge, könne aber eine wesentliche Besserung nicht eintreten. Daß bei einer so langen Dauer des Krieges und bei derartigen Massenheeren Ausschreitungen und Roheiten einzelner vorkommen müßten liege auf der Hand. Wo sie zur Kenntnis der Vorgesetzten kämen, würden sie rücksichtslos geahndet. Wir können ruhig das Urteil der Welt abwarten, schloß der Minister, müßten aber die Bedingung genauer und unparteiischer Untersuchung stellen und Gerechtigkeit fordern für den deutschen Kämpfer der über 4 Jahre an der Front tapfer und aufopfernd seine Pflicht erfüllte, gewiß nicht schlechter als der Gegner.

Was Deutschland bezahlen soll.

bb **Haag**, 22. Okt. „Daily News“ bringt einen Vorschlag über die Summen, die Deutschland für die Wiederherstellung zu bezahlen habe: 24 Millionen Pfund Sterling für den Ackerbau, ½ Millionen Pfund dafür, was Deutschland aus den industriellen Betrieben mitgenommen hat, 100 Millionen Pfund für Schäden an Schleusen, Brücken, Kanälen und Wegen, 18 Millionen Pfund für 50 000 Pferde, ½ Millionen Tonnen Zinkerze, 60 000 Tonnen Bleierze, 40 000 Tonnen Kupfer, für 12,8 Millionen Pfund Sterling Holz, 17 000 Tonnen Baumwolle, 4000 Tonnen Brotgetreide täglich, außerdem für Löhne, welche den belgischen Arbeitern während des Krieges entgangen seien, 32 Millionen Pfund Sterling. — Und was bezahlen die Herrschaften an Deutschland für all die Schäden, die allein der Aushungerungskrieg verursacht hat? Das englische Blatt darf versichert sein, daß auch wir eine Gegenrechnung aufmachen können.

Hoffnungsvolle Wünsche des Königs von England.

WTB **London**, 22. Okt. (Reuter.) Der König empfing heute im Buckingham-Palast eine große Abordnung interparlamentarischer Delegierter, darunter 30 Briten, 22 Franzosen, 8 Italiener und einen Belgier. Der König hielt eine Ansprache, worin er die Taten der verbündeten Armeen feierte und u. a. sagte: Der Sieg ist in Reichweite. Wir sind alle einig darin, daß es ein vollständiger, entscheidender Sieg sein muß. Zu den italienischen Senatoren und Deputierten gewandte, sagte der König, er wünsche ihnen Glück zu der Aussicht, die sich ihnen eröffne, jene schneebedeckten Gegenden wieder zu erlangen, wo ihre tapferen Soldaten schon Ruhm erwarben und die von Leuten ihrer eigenen Sprache und Rasse bewohnt seien, die lange wünschten (?), mit dem freien Italien verbunden zu sein. Weiterhin wünschte der König den französischen Delegierten Glück zu der kommenden (!) Wiedereroberung der Provinzen, die ihnen vor 47 Jahren entrissen wurden und die niemals in ihrer Liebe und Anhänglichkeit zu Frankreich (!) geschwankt hätten. Der König schloß mit den Worten: Unser einträchtiges Zusammenwirken wird, wie wir hoffen, auch in Zukunft nicht allein für unser Volk, sondern das ganze freie Europa den Frieden sichern.

Diaz abgesetzt.

bb **Berlin**, 22. Okt. Wie dem „Lokalanz.“ aus Genf berichtet wird, veröffentlicht die schweizerische Presse eine Meldung, die besagt, daß General Diaz nicht mehr Oberkommandierender der italienischen Armee sei. Wie schon früher gemeldet bestanden seit längerer Zeit Uneinigkeiten zwischen Diaz und Foch, angeblich weil Foch an der italienischen Front eine Offensive verlangte. Die Alliierten scheinen daraufhin die Entlassung von Diaz und seine Ersetzung durch den Herzog von Aosta verlangt zu haben.

Luftkrieg.

Erneuter Fliegerangriff auf Konstantinopel.

bb **Berlin**, 22. Okt. Der Korrespondenz „Stambul“-Berlin zufolge soll auf Konstantinopel ein Fliegerangriff ausgeübt worden sein, dem 70 Personen, meist Frauen und Kinder zum Opfer fielen. Der „Tevhidi-Efkar“ fragt, wie sich diese Untat am Vorabend des Friedens mit der Entrüstung Wilsons in seiner Note an Deutschland über die Versenkung eines Passagierdampfers zusammenreimen lasse.

Deutsches Reich.

Die politische Neuordnung in Bayern.

WTB **München**, 22. Okt. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben über die politische Neuordnung in Bayern: „In den letzten Tagen fanden im bayrischen Landtag zwischen den Parteien Verhandlungen statt, die sich mit der Neuordnung in der Verfassung und Verwaltung des Landes befaßten und hauptsächlich die Art der Beteiligung der Volksvertretung an den Regierungsgeschäften, das Landtagswahlgesetz und die Umgestaltung der Reichsratskammer nach den Bedürfnissen der Neuzeit betrafen. Diese Verhandlungen wurden im erweiterten Finanzausschuß durch die Mitwirkung der Regierung unterstützt und ergänzt. Da bisher keine endgültige Vereinbarung unter den Parteien zustandegekommen ist, hauptsächlich deshalb, weil das Zentrum und die Liberalen zuvor auch in engere Fühlung mit ihren Parteigenossen im Lande treten und deren Einfluß und Meinung zur Geltung kommen lassen wollen, hat es vorerst wenig Wert, über Einzelheiten der noch schwebenden Verhandlungen zu sprechen. Mittwoch etwa dürfte das Ergebnis der bisherigen Arbeiten zu erwarten sein. Es scheine, daß eine Vereinbarung zustande kommt, die den hauptsächlichen Forderungen aller Parteien entspricht und eine Verständigung über die bisherigen Schwierigkeiten schafft.

Der Arbeitsstoff des Abgeordnetenhauses.

An Beratungsstoff würde es dem preußischen Abgeordnetenhause bei Wiederaufnahme seiner Sitzungen nicht fehlen, auch wenn man von der Verfassungsreform mit der Wahlrechtsvorlage absieht, aber der Ueberblick über die sogenannte Restantenliste nach dem Stande von heute hat nur tabellarisches Interesse, da möglicherweise in der morgigen Sitzung des Aeltestenausschusses die Vereinbarung dahin gehen wird, außer der Wahlrechtsvorlage weitere Gesetzentwürfe und Anträge nicht in Bearbeitung zu nehmen. In Schwebe sind noch das Fideikommißgesetz und das Gesetz, das den katholischen Orden die Rechtsfähigkeit verleiht. Der Ausschußbericht über letztere Vorlage mit dem Antrag auf unveränderte Annahme ist eben erschienen. Noch gar nicht beraten sind Hebammengesetz, Jugendfürsorgegesetz; an Anträgen liegen noch 26 vor über Wohnungsfürsorge, Beamtengehälter und Teurungszulagen, Steuerfragen, Errichtung von Grundstückskommissionen, Wählbarkeit der Staats- und Gemeindebeamten, Geistlichen, Lehrer und Richter zu Gemeindekörperschaften, Beschaffung von Hausrat für Unbemittelte, Verminderung der Beamten und Behörden, [illegible] für Hausarbeiter, Zuständigkeit des Reichs und der Bundesstaaten in Steuerfragen, Erhaltung des deutschen Besitzes in der Ostmark und andere. Aus den Ausschüssen liegen spruchreif dem Plenum vor: der Verdeutschungsantrag, der die Sprache im Geschäftsbereich des Hauses reinigt, die Anträge auf Löschung der Disziplinarstrafen, Offenlegung der Dienstakten der Beamten, die Frage des Beamtenrechts, die Pflichtfortbildungsschule, die Rechtsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter, der staatswirtschaftliche Unterricht an den Universitäten, das Gesetz über die Baulastenbücher.

Provinzielles.

× **Telgte**, 22. Okt. Auf dem hiesigen Bahnhofe wurde eine gewerbsmäßige Händlerin aus Düsseldorf festgenommen, die große Mengen Schiebeware verfrachten wollte. Ueber 100 Pfund Butter, 25 Pfund Speck und andere leckere Dinge konnten beschlagnahmt werden.

* **Essen**, 22. Okt. Laut Division-Tagesbefehl hat Major Fritz Wulff, Sohn der Ww. Frau Bergwerksdirektor Josef Wulff hier, den Orden „Pour le Mérite“ erhalten. Der Tagesbefehl sagt u. a.: „Im glänzenden Sturmangriff hat das Inf.-Regt. Markgraf Ludwig Wilhelm unter Führung seines stellvertretenden Kommandeurs, Majors Wulff, den Kernpunkt der feindlichen Stellung den Montrebeauberg genommen und damit die Gefechtslage östlich der Argonnen wiederhergestellt.

× **Moers**, 22. Okt. Hier wurde ein achtjähriges Mädchen aus Duisburg vor den Augen seiner Mutter von einem Wagen der elektrischen Straßenbahn überfahren und auf der Stelle getötet. Dem armen Kinde wurde der Kopf buchstäblich vom Rumpfe getrennt.

* **Köln**, 21. Okt. Mit den Ernährungsschwierigkeiten, die entstehen könnten, wenn bei der Demobilisierung die von der Westfront zurückflutenden Truppen mitverpflegt werden müßten, hat sich der Ernährungsausschuß des Regierungsbezirks Köln in einer Sitzung beschäftigt. Es wurde u. a. die Meinung ausgedrückt, daß es angebracht sei, die Verpflegungsbestände der Ernährung im hiesigen Bezirk so zu erweitern, daß sie in die Lage komme, den einquartierten Truppen gegebenenfalls abgeben zu können, ohne daß dadurch die eigene Ernährung Schaden leidet. Weiter wurde betont, daß das übrige Deutschland der hiesigen Provinz entgegenkommen und für sie die Lasten mittragen helfen möge; ebenso glaubt man die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß bei der Belegung mit Truppen die großen Städte und Industriegemeinden nach Möglichkeit geschont werden. Vom Regierungspräsidenten sowie zur Beruhigung mitgeteilt worden daß vom Oberpräsidenten bei den Berliner Zentralstellen bereits entsprechende Wünsche vorgetragen und daß sowohl die hiesige Königl. Regierung wie der Kölner Oberbürgermeister in Berlin Schritte getan haben, um die Ernährung der Zivilbevölkerung sicherzustellen und um nicht durch die Ereignisse überrascht zu werden; im übrigen werde falls eine Notlage eintreten sollte die allgemeine Bevölkerung mit den Heeresdepots verpflegt werden.

* **Köln**, 22. Okt. Der Regierungspräsident hat auf die Ermittelung der Täter, die Sonntag nacht in der Wetzlarerstraße zu Deutz den Schutzmann von Cornau erschossen und den Musketier Pains durch einen Bauchschuß schwer verletzt haben, eine Belohnung von 1000 Mk. ausgesetzt.

* **Bonn**, 22. Okt. Ein Gymnasiast, der im Hilfsdienst mit dem Ausladen von Kartoffeln beschäftigt war, geriet auf dem Güterbahnhof zwischen die Puffer zweier zusammenstoßender Güterwagen und wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf in einem Krankenhause starb.

* **Honnef**, 22. Okt. Im Siebengebirge ist neuerdings der Erzbergbau wieder aufgenommen worden, und zwar auf der Grube „Johannesberg“, die kurz nach dem 70/71er Kriege zum Erliegen kam. 1873 sind hier noch 300 Bergleute auf den beiden Gruben „Johannesberg“ und „Alter Fritz“ tätig gewesen. Bekannter ist die Tatsache, daß schon in „ältesten Zeiten“, was die Werkzeugfunde aus Bronze und Feuerstein ergeben haben, im Siebengebirge nach Erzen gegraben worden ist. Der Betrieb war ganz handwerksmäßig. Die Stollen waren etwa 1,80 m hoch und 70 cm breit und erreichten kaum mehr als 6 oder 7 m Tiefe, so daß die eigentlichen Erzlager überhaupt nicht erreicht wurden. In einem solchen Schacht konnten höchstens drei Leute arbeiten.

Waisenhäuserverband Münster-Paderborn.

* **Hamm**, 21. Okt. Unter der Leitung des Vorsitzenden des Diözesan-Verbandes Paderborn, Pfarrvikar Sigges, Herbede, hielten die beiden Verbände katholischer Waisenhäuser Münster und Paderborn hier ihre dritte Jahresversammlung ab, die sich eines zahlreichen Besuches von Schwestern und Geistlichen erfreute. Aus dem Jahresbericht, den der Vorsitzende erstattete, sei hervorgehoben, daß die meisten Waisenhäuser jetzt einen täglichen Pflegesatz von 1—1,20 Mark erreichen, da die Pflegesätze von Friedenszeiten von 50 bis 60 Pfg. naturgemäß nicht mehr ausreichten. Für die erste Zeit nach dem Kriege wurde ein Unterrichtskursus in Knaben-Handfertigkeitsarbeiten für die Schwestern in Aussicht gestellt. Eine eingehende tiefere Durchbildung der Schwestern in Erziehungsfragen zu erzielen, ist eines der Hauptziele des Verbandes. Diesem Zweck dienten die beiden folgenden Vorträge des Rektors Brück aus Bochum über die Erziehung der Kinder zur Selbständigkeit, und des Vorsitzenden, Pfarrvikar Sigges, über die erziehliche Behandlung der Kinderlüge. Die eingehende Aussprache, die sich diesen Vorträgen anschloß, bewies, mit welchem Interesse die Zuhörer dem Gedankengang der Vortragenden gefolgt waren. An Stelle des erkrankten Direktors Ulrich aus Duisburg referierte dann der Vorsitzende über die Richtlinien beim Bau von Waisenhäusern und Kinderheimen. Die Schaffung einer Bauberatungsstelle beim Diözesan-Vorstand wurde beschlossen. Die Lehrstellenvermittlung für schulentlassene Knaben, die ein Handwerk erlernen sollen, übernahm der Vorsitzende. Anfragen von Meister werden also wie bisher durch Vermittlung des Vorsitzenden in Herbede erledigt. Die Stellung der Kleidung während der Lehrzeit versucht der Verband mit Unterstützung der Gemeinden und Verbände selbst zu tragen. Die reichhaltige Tagesordnung war gegen 6 Uhr erledigt.

Die Essener Stadtverordnetenversammlung für den Rechtsfrieden.

)(**Essen**, 22. Okt. Die Stadtverordnetenversammlung hat heute einstimmig folgende Entschließung gefaßt: Die Essener Stadtverordnetenversammlung, die das Bestreben der Reichsregierung auf Herbeiführung eines baldigen Rechtsfriedens aufrichtig willkommen heißt, blickt mit starkem Vertrauen auf die feuerprobte Kraft des deutschen Volkes und auf die neugewonnene Einigkeit, zu der des Vaterlandes Not uns alle zusammengehämmert hat. Namens der Essener Bürgerschaft richtet die Stadtverordnetenversammlung an Reichstag und Reichsleitung die dringende Forderung, auf keinen Fall einem Frieden zuzustimmen, der nicht dem deutschen Wirtschaftsleben die freie Entwicklungsbahn sichert. Ohne die Möglichkeit, die Früchte unseres Fleißes auch künftig zu ernten, gibt es für das deutsche Volk und besonders für seine handarbeitenden Schichten kein Weiterleben. Wir Essener Bürger, so Männer als Frauen, sind zur äußersten Kräfteanspannung und Selbsthingabe bereit, um voll Ehren einen wirklichen Rechtsfrieden zu erreichen. Die weite Welt muß wissen, daß das deutsche Volk keine Rotte von Knechten ist, sondern als freies Volk sein Letztes einsetzen wird für Vaterland und Zukunft.

Ordensauszeichnungen bei Krupp.

* **Essen**, 22. Okt. Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe erhielten auf der Kruppschen Villa Hügel und deren Umgebung die Haushälterin Rothe, die Wirtschafterin Kullak, die Haushälterin Holzhüter, der Küchenmeister Dorst, der Diener Groß, der Hausmeister Hirschfeld, der Diener Bechem, der Diener Wierenkotten, der Küchenmeister Schlicker, der Stallmeister Brunner, der Bereiter Bussas, der Kutscher Nagel, der Oberchauffeur Heiseler, der Schneidermeister Kessel, die Haushälterin Behrendt, der Portier Hörnemann, der Waldarbeiter Driehen und verschiedene andere. — Es ist bewundernswert, wie sich diese häuslichen Kräfte der Villa Hügel um die Kriegshilfe verdient gemacht haben. So diskreditiert man den Wert des Kriegsverdienstkreuzes, das doch für ganz andere Leute geschaffen wurde als für Haushälterinnen, Küchenmeister usw. Wenn solche Verleihungen sich noch ein paarmal wiederholen, wird von denen, die es wirklich verdient haben, niemand mehr das Verdienstkreuz für Kriegshilfe tragen wollen. Und wie viele haben es verdient, die es nicht bekommen, während Krupps Hauspersonal sich damit schmückt. So ist einmal die verkehrte Welt!

Vermischtes.

* **Berlin**, 22. Okt. Die Kronprinzessin und die beiden jüngsten Prinzen sind an der Grippe erkrankt.

WTB **Berlin**, 22. Okt. Die Choleraerkrankungen in Berlin und Umgegend, über welche ausgangs September berichtet worden ist, sind sämtlich erloschen. Im ganzen handelt es sich um 19 Erkrankungen, wovon 15 tödlich geendet und 4 in Genesung übergegangen sind, sowie um 3 Bazillenträger.

* **Berlin**, 22. Okt. In der Pücklerstraße hatte ein Straßenhändler seine Ersparnisse von 23 000 Mark in die Höhlung einer Messinggardinenstange gesteckt, weil er sie dort wohl für besser geborgen hielt. Um die Mittagszeit, während seine Frau ausgegangen war und das Dienstmädchen ihm das Essen zutrug, brach ein Dieb bei ihm ein. In dem Kleiderständer auf dem Flur fand er die Schlüssel zu allen Türen der Wohnung und hatte nun leichte „Arbeit“. Wahrscheinlich hatte es der Einbrecher nur auf Wertsachen abgesehen, denn von dem verborgenen Schatze wußte außer dem Händler selbst niemand. An Sachen schienen dem Einbrecher besonders zwei Gardinen, bzw. Künstlergardinen, mitnehmenswert. Als er sie abnahm, schob er die beweglichen Teile der Messingstangen zusammen, und so kamen die 23 Tausendmarkscheine zutage. Der Spitzbube steckte den unerwarteten Fund ein, begnügte sich aber damit nicht, sondern nahm auch für 17 000 Mark Sachen aller Art mit. Auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes hat der Bestohlene eine Belohnung von 3000 Mark ausgesetzt.

* **Jena**, 21. Okt. An der Jenaer Universität war bekanntlich der zum C. V. der kath. deutschen Studentenverbindungen gehörigen Verbindung „Sugambria“ wegen des konfessionellen Charakters durch Senatsbeschluß vom 12. März 1904 das Recht des Farbentragens entzogen worden. Trotz wiederholter Eingaben hat der Senat auch während der Kriegszeit dieses Ausnahmegesetz aufrecht erhalten. Nur insofern ist eine Aenderung eingetreten, als der Senat sich zu einem teilweisen Abbau bequemt hat, indem er zwar noch nicht das Recht des Farbentragens gestattet, aber für die Kriegsdauer das Chargierungsverbot außer Kraft gesetzt hat. (Wenn der Senat der Universität Jena sich auch jetzt noch nicht zu einer freiheitlicheren Auffassung hat aufschwingen können und die verbohrten Vorurteile gegen kath. Studentenkorporationen auch während des Krieges beibehält, so beweist dies, daß seine Mitglieder auch in der gegenwärtigen schweren Zeit nichts gelernt und nichts vergessen haben. Vom neuen Geist der Zeit haben sie nicht einen Hauch verspürt! Soll das, was der hochweise Senat in Jena beschlossen hat, vielleicht ein Beweis für die deutsche Einheit und Einigkeit sein? Haben die zu Tausenden zählenden Mitglieder der kath. Studentenkorporationen im Kriege für Deutschlands Ehre und Bestand nicht ihre Pflicht getan, genau so wie die Mitglieder anderer Korporationen? Das gesamte Ausland wird eine so engherzige Gesinnung, wie sie sich in der Haltung des Senats der Universität Jena kundgibt, lächerlich finden, ebenso wie alle vernünftigen und nicht von einer blöden Kulturkampfgesinnung beherrschten Elemente des deutschen Volkes sie verlachen. Wenn eine akademische Korporation gegen Sitte und Gesetz verstößt, so mag die Polizei dagegen einschreiten, dazu ist sie da. Aber der Senat einer deutschen Universität sollte es unter seiner Würde halten, die Funktionen des Büttels zu übernehmen. Das verstößt gegen den Geist, der an deutschen Universitäten und Hochschulen herrscht.)

* **Augsburg**, 22. Okt. Durch einen großen Brand wurde heute nacht der Ostflügel der königlichen Lehrerbildungsanstalt und die anschließende Peterskirche in der Stadt Eichstätt bis auf die Umfassungsmauern in Schutt und Asche gelegt. Auch der westliche Teil der Lehrerbildungsanstalt hat schweren Schaden durch die Wassermassen gelitten. In der Kirche sind viele Kunstschätze vernichtet worden. Es soll sich um Brandstiftung handeln. Der Schaden beträgt über eine Million Mark.

* **Gerresheim**, 22. Okt. Der Gemeinderat und Ehren-schoß Schm. mit einer Jagdflinte dem einen Soldaten Grundstücke einen Soldaten beim Obstpflücken. Er hieß ihn mitgehen zur Bürgermeisterei. In den nun einsetzenden Wortwechsel mischte sich auch ein anderer Soldat. Da die Soldaten mit dem Revolver drohten, schoß Schm. mit einer Jagdflinte dem einen Soldaten in den Oberschenkel. Zwei Tage später starb der Angeschossene an Blutvergiftung.

Letzte Nachrichten

Sieben deutsche Dampfer als Ersatz für versenkten spanischen Handelsschiffsraum.

WTB **Madrid**, 23. Okt. (Telegr.) Die spanische Regierung hat eine amtliche Note veröffentlicht, in der es u. a. heißt: Der Ministerrat hält den Zeitpunkt für gekommen, die öffentliche Meinung über die schwebenden Verhandlungen betreffend den Ersatz des spanischen Handelsschiffsraums zu unterrichten. Die spanische Regierung, die stets die strikteste Neutralität aufrecht erhalten will, hat die von der Berliner Regierung vorgebrachten Einwendungen geprüft und sich bemüht, zu erreichen, daß man dort die von der spanischen Regierung für gerecht erachteten Anschauungen anerkennt. Dieser Austausch der beiden Auffassungen hat sich vollzogen. Die Kaiserliche Regierung hat dabei ihrerseits verschiedene Arten in Vorschlag gebracht, durch die der für den Seeverkehr verfügbare Schiffsraum vermehrt werden könnte. Angesichts der langen Zeit, die seit der Entschließung der spanischen Regierung vergangen ist und angesichts neuer Versenkungen spanischen Schiffsraumes wurde es immer dringlicher, unter dem Vorbehalt, daß die strittigen Punkte durch spätere Verhandlungen und durch von beiden Seiten anerkannten Schiedsspruch geregelt würden, einen sofortigen Besitzwechsel und eine Verwertung von deutschen Schiffen für Spanien aus den in spanische Häfen geflüchteten vorzunehmen, die tatsächlich dem seit dem 14. August versenkten spanischen Schiffsraum entsprechen. Zu diesem Behufe sind durch freundschaftliche Vereinbarung 7 deutsche Dampfer von zusammen 21 600 Tonnen Laderaum der spanischen Regierung übergeben worden.

Abgeordnetenhaus-Sitzung.

WTB **Berlin**, 22. Okt. (Telegr.) Der Aeltestenausschuß des Abgeordnetenhauses beschloß die für heute nachmittag 2 Uhr angesetzte Sitzung auf Mittwoch 11 Uhr vormittags zu verlegen. Die Tagesordnung lautet folgendermaßen: 1. Anfragen und Anträge zur Wohnungsfrage. 2. Antrag zur Beamtenbesoldungsfrage. 3. Gesetzentwurf zur Jugendfürsorge. — Die Vorlagen sollen ohne sachliche Erörterung Ausschüssen überwiesen werden. Man hofft, die Tagesordnung morgen zu erledigen. Eine weitere Sitzung soll stattfinden, wenn die Verfassungsvorlage vom Herrenhaus zurückkommt, also nicht vor Mitte November. Jedoch soll es dem Präsidenten überlassen bleiben, auch schon früher eine Sitzung anzuberaumen, wenn die politische Lage dies als geboten erscheinen läßt.

Liebknecht freigelassen.

bb **Berlin**, 22. Okt. (Privattelegr.) Auf Verwendung des Staatssekretärs Scheidemann erfolgte, wie der „Berl. Lokalanz.“ hört, im Laufe des Tages die Freilassung des Reichstagsabgeordneten Liebknecht.



59.50



51.75



42.50



48.50

Althoff

Recklinghausen

Das Aufarbeiten von Hüten
übernehmen wir zu
sehr mäßigen Preisen.



29.75

Sparkasse der Stadt Herne

und des Amtes Bladenhorst.

Geschäftsstelle: Rathaus, Fernspr. Nr. 922,

Geöffnet vorm. 10—12½ Uhr, nachm. 3—5 Uhr
Samstag nachmittags geschlossen.

Reichsbank-Girokonto. Postscheck-Konto Cöln 12600
Bank-Konto: Landesbank Münster i. W.

Tägliche Verzinsung der Einlagen.

Einlagen werden auch durch Einzahlungen und Ueberweisungen auf Reichsbank-Girokonto oder Postscheck-Konto angenommen.

Depositen-, Scheck-, Kontokorrentverkehr.
Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
Vermietbare Schrankfächer Heimsparbüchsen.

Für Soldaten und Urlauber,

welche wieder zur Front einrücken:

Taschenlampen-Batterien

Originalpakete, 40 Stück enthaltend,
mit entsprechendem Rabatt.

Billigste Tagespreise! Nur frische Ware!

Bäumer & Cie.,

Uhren und Goldwaren, Bahnhofstr. 86.

Sonntags sind gesetzlich
die Herrenfrisiergeschäfte um 12 Uhr,
die Damenfrisiergeschäfte um 1 Uhr
zu schliessen.

Franz Kusenberg,

Herne i. W., Bahnhofstrasse 8b, Telefon 808.

Erstklass. Damen- und Herren-Friseurgeschäft.
Kopfwäsche, Ondulieren, Frisieren, Brautfrisuren.

Haararbeiten

werden stets angenommen, **fertige Zöpfe** in grösster Auswahl und Preislage, alle Toilettesachen billigst.

Amtliche Aufkaufsstelle

von ausgekämmten Frauenhaaren und alten Zöpfen für Heeresbedarf. **Kilo 20 Mk.**

Solbad König Ludwig

Ueber 8%ige, rein von der Quelle gewonnene Sole.
Sol-, Fichtennadel-, Kohlensäure-, Sauerstoff- u. Süßwasserbäder.
Geöffnet:
Sonn- und Werktags von 7 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends. 2125
Bisherige Bäderpreise. Badewäsche gegen 0,20 M. Gebühr.

Jeder kann sich vollständig gratis beteiligen!

Preisaufgabe!

Jeder kann sich vollständig gratis beteiligen!

N G H
I * E
L T R

Obige Buchstaben richtig geordnet, ergeben den Namen eines deutschen Kanzlers in schwerer Zeit

1. Hauptpreis: Eine Sommerreise = Mk. 600,— bar

1 goldene Uhr = M 100,— | 1 Photogr. Apparat = M 40,—
1 Teppich = M 70,— | 1 Armbanduhr = M 70,—
1 Fruchtschale | 1 Standuhr | 1 Guitarre | 1 Opernglas.

An die Löser dieser Preisaufgabe gelangen obige Preise **gratis** zur Verteilung. Sie verpflichten sich zu nichts. Der Termin der Verteilung wird bekannt gegeben, Antwort in 4 Wochen erteilt und wann der Preis zum Abholen zur Verfügung steht. Die Lösung muss in einem verschlossenen, frankierten Briefumschlage, mit Angabe Ihrer genauen, deutlich geschriebenen Adresse zugesandt werden. Für jede weitere gewünschte Auskunft ist für Porto, Drucksachen, Schreiblohn usw. der Lösung Rückporto beizufügen. **Wir machen ganz besonders darauf aufmerksam,** dass wir in unserm neuen Prospekt bekannt geben, wer beim letzten Preisausschreiben die Preise erhalten hat, so dass sich jeder von der Reellität unseres Unternehmens überzeugen kann. Adressen aus dem Felde können nicht berücksichtigt werden. Schreiben Sie noch heute an 5895

Dieterichs Verlag „Brunsviga" Braunschweig E. Nr. 496.

Mitteilungen an die Schriftleitung dieser Zeitung sind zwecklos und bleiben unberücksichtigt.

Kaffee Kronprinz

Konditorei und Bols-Stube
11 Westenhellweg 11.
Dortmund.
4833 Vornehmstes am Platze.

Bestgepflegte ausgesuchte
1916er und 1917er Moselweine
von Mk. 7.50 an sowie
Bordeaux und Burgunder
in Flaschen.
5920 **Max Hürter, Coblenz.**

Bochum, am Bahnhof-Süd
Kaffee „Handelshof"
Täglich
Künstler-Konzerte
Eigene Konditorei
Erstklassige Getränke

Unser Geschäft bleibt heute
Mittwoch, Donnerstag und Freitag
geschlossen,
5949 Storch & Co.

Solbad Steinbeck

Recklinghausen.

Haltestelle „Blumenthal" d. Straßenbahn Herne-Recklinghausen
2289) Geöffnet während des ganzen Tages,
an Sonn- und Feiertagen bis mittags 2 Uhr.
Solbäder, Moor-, Fichtennadel-, Kohlensäure- und Süßwasserbäder.
Für Gicht- u. Rheumatismusleidende besonders geeignet.
Aufmerksamste Bedienung. — Preise billigst.

Schmidt & Kemper

Herne i. W.
Bahnhofstr. 32 Bahnhofstr. 32

Velour-
Sammt- und Seidenhüte
in allen Preislagen
5936 **Trauerhüte.**

Oberhemden,
Kragen u. Manschetten
erhalten Sie auf neu geplättet in der
Bielefelder Neuwäscherei
5403 **Bernhard Externest**
Fernsprecher 1062, Herne, Goethestrasse 25.

Baumpfähle, Rosenpfähle

und dergleichen, sauber mit der Maschine geschält und angespitzt, hat abzugeben

Sägewerk Schlenkhoff,
2227 Mühlenstraße.

Städtische Bücherei Herne.

Geöffnet im Rathaus:
Dienstags, Donnerstags und Freitags von 5—6½ Uhr nachmittags.
Sonntags von 10½—12 Uhr vormittags.
Die Nebenstelle in der Schule an der Friedrichstraße für die Stadtteile Baukau und Horsthausen ist geöffnet:
Mittwochs von 2—3 Uhr nachmittags
und Sonntags von 11—12 Uhr vormittags.
Der Magistrat: Lampe.

Achten Sie bitte genau
auf den Titel: Herner **Anzeiger.**
Zugleich **Anzeiger für das Amt Solingen und Gerther Anzeiger.**
Viele Verwechslungen!

VII. Armeekorps.
Stellv. Generalkommando. Münster, den 9. Oktober 1918.
Abt. I b Nr. 24728.

Verordnung.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 verordne ich für den Bereich des VII. Armeekorps:

I.

Es ist verboten:

1. Den Personen, die sich gewerbsmäßig mit der Behandlung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden an Menschen befassen, ohne die entsprechende staatliche Anerkennung (Approbation) zu besitzen, ihren Gewerbebetrieb anders als durch Bekanntgabe am Wohnhaus, im Adreß- oder Fernsprechbuch anzukündigen.

Zahntechniker, Bandagisten und Hühneraugenoperateure sowie Personen, die Turn- und Gymnastikunterricht erteilen, werden von diesem Verbot nicht betroffen.

2. Gegenstände, Mittel oder Verfahren, die zur Verhütung der Empfängnis oder zur Beseitigung der Schwangerschaft oder von Menstruationsstörungen usw. bestimmt sind, öffentlich auszustellen, anzukündigen, in der Tagespresse, in Zeit- und Druckschriften aller Art zu beschreiben, sowie im Umherziehen solche Gegenstände usw. anzubieten oder Bestellungen darauf zu sammeln.

3. Die unter Ziffer 1—2 bezeichneten Handlungen sind auch in jeder irgendwie verschleierten Form verboten.

4. Gestattet ist die Ankündigung, Beschreibung und Anpreisung von Arzneien und Heilmitteln, Verfahren, Apparaten oder sonstigen Gegenständen, die zur Verhütung, Linderung oder Heilung von Krankheiten, Leiden oder Körperschäden bei Menschen bestimmt sind, in der Tages- und Fachpresse und in Zeit- und Druckschriften, sofern das betreffende Mittel nicht in der unter Mitwirkung der Oberzensurstelle aufgestellten Liste der allgemein verbotenen Heilmittel usw. enthalten ist.

5. Die Aufgeber von Anzeigen haben die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß das angezeigte Mittel nicht auf der Verbotsliste der Oberzensurstelle steht.

6. Für Mittel usw. der in Nr. 4 bezeichneten Art, deren öffentliche Ankündigung vor dem Erlaß dieser Verfügung noch nicht erfolgt ist, ist die Erlaubnis hierzu bei der Oberzensurstelle nachzusuchen, und zwar durch die Zensurstelle, in deren Bereich der Auftraggeber wohnt.

7. Die Listen der Oberzensurstelle sind maßgebend und verbindlich für alle Zensurstellen.

8. Auf die medizinische und pharmazeutische Fachpresse finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

II.

Ferner ist den unter I Ziffer 1 genannten Personen verboten:

1. Eine Behandlung, die nicht auf Grund eigener Wahrnehmungen an dem zu Behandelnden erfolgt (Fernbehandlung),
2. die Behandlung mittels mystischer Verfahren,
3. die Behandlung von gemeingefährlichen Krankheiten (Aussatz, Cholera, Fleckfieber, Gelbfieber, Pest und Pocken) sowie von sonstigen übertragbaren Krankheiten,
4. die Behandlung aller Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane, von Syphilis, Schanker und Tripper, auch wenn sie an anderen Körperstellen als an den Geschlechtsorganen auftreten, sowie jede Behandlung von Frauenkrankheiten, insbesondere auch die innere Massage der weiblichen Unterleibsorgane,
5. die Behandlung von Krebskrankheiten,
6. die Behandlung mittels Hypnose,
7. die Behandlung unter Anwendung von Betäubungsmitteln, mit Ausnahme solcher, die nicht über den Ort der Anwendung hinaus wirken,
8. die Behandlung unter Anwendung von Einspritzungen unter die Haut oder in die Blutbahn, soweit es sich nicht um eine nach Nr. 7 gestattete Anwendung von Betäubungsmitteln handelt.

III.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen in Ziffer I und II werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

IV.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft. Mit dem gleichen Tage tritt meine Verordnung vom 16. September 1918, I b Nr. 36268, außer Kraft.

Der kommandierende General: Frhr. v. Gayl,
General der Infanterie.

Wird hiermit veröffentlicht.
Herne, den 21. Oktober 1918.
Der Oberbürgermeister: Dr. Sporleder.

Herner Anzeiger - Anzeiger für das Amt Sodingen - Gerther Anzeiger

Nummer 248 — Mittwoch, den 23. Oktober 1918. — Zweites Blatt

Aus dem Stadtkreise Herne.

Herne, den 23. Oktober.

Gemeinsame Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung.

Herne, den 22. Oktober 1918.

Die Sitzung wird vom Oberbürgermeister Dr. Sporleder eröffnet.

Anwesend sind 25 Stadtverordnete und 7 Mitglieder des Magistrats.

Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung

Wahl von Mitgliedern des Sparkassenvorstandes.

Es scheiden aus die Herren Stadtverordneten Kolf und Möller und die Stellvertreter Neuhaus und Architekt Dickhoff. Die Herren werden wiedergewählt.

Es folgt die

Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung.

Als Schiedsmann für den östlichen Bezirk von Alt-Herne wird Herr Rektor Kracht gewählt.

Die Punkte 2—11 umfassen Ersatz- bezw. Neuwahlen zu Kommissionen und Deputationen.

Die ausscheidenden Mitglieder werden wiedergewählt soweit sie eine Wiederwahl nicht abgelehnt haben oder durch die Verhältnisse gezwungen sind, aus den Kommissionen auszuscheiden. Ebenso werden die Beisitzer und Stellvertreter für die Stadtverordnetenwahlen gewählt.

Auf die Einzelheiten kommen wir noch zurück.

Gesellschaft zur Förderung der Universität in Münster.

Das Kollegium beschließt, der Gesellschaft mit einem Jahresbeitrag in Höhe von 1% des Provinzialsteuersolls beizutreten. Angenommen.

Nachbewilligungen für 1916.

Magistrat schlägt vor, die sich beim Abschluß der Jahresrechnung ergebenden Ueberschreitungen in Höhe von rund 90000 M. nachzubewilligen. Geschieht.

Darlehen an die Gas- und Elektrizitätsversorgungsgesellschaft für das Amt Sodingen.

Kollegium stellt die benötigten 40000 M. für das Gaswerk aus städt. Mitteln zu 4½% zur Verfügung. Desgleichen weitere 25000 M. für die Abteilung Elektrizitätswerk.

Sparkassen-Ueberschüsse aus 1917.

Von den Ueberschüssen in Höhe von 67735 M., sind bereits 50000 M. für die 9. Kriegsanleihe gezeichnet worden. Die endgültige Verwendung soll der Beschlußfassung nach dem Kriege vorbehalten bleiben.

Stadt. Möller beantragt unter Zustimmung zu dem Antrag, in erster Linie die Ueberschüsse nach dem Kriege für den Bau einer Volksbadeanstalt zu verwenden.

Gesellschaft für soziales Recht.

Kollegium beschließt, der Gesellschaft mit einem Jahresbeitrag von 25 M. beizutreten.

Gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen.

Der Beitrag für den Verband für gemeinnützige Rechtsauskunftsstellen wird auf Antrag auf 30 M. erhöht.

Unter Anerkennung der Dringlichkeit wird der Erledigung eines aus dem Jahre 1912 stammenden Rechtsstreites zwischen der Stadt Herne und dem Herrn Steffen, der s. Zt. das Stadtgarten-Restaurant gepachtet hatte, nach dem Vorschlage des Magistrats zugestimmt.

* * *

× 4 Jahre Herner Kriegsunterstützungswesen.

13½ Millionen Unterstützungsgelder ausgezahlt.

In der letzten Sitzung der Kriegsunterstützungskommission, über die wir gestern bereits kurz berichtet haben, wurden statistische Mitteilungen gemacht, die der Bürgerschaft ein interessantes Bild geben über die gewaltige Aufgabe, die auf diesem Gebiete auch in unserer Stadt gelöst werden mußte. Wir geben die hierüber mitgeteilten Zahlen nachstehend wieder:

In der Zeit vom 1. August 1914 bis zum 30. September 1918 wurden an die Angehörigen unserer eingezogenen Krieger durch die Stadt gezahlt:

An Reichsunterstützungen	5476729,52 M.
An Gemeinde-Unterstützungen	8008272,03 M.
insgesamt also	13485001,55 M.

Dieser ganze Betrag von rund 13½ Millionen Mark mußte zunächst durch die Stadt beschafft und verzinst werden.

Der Staat hatte zurückzuerstatten 9835243,51 Mark, sodaß die Stadt also bis zum 30. September ds. Js. die restlichen 3649758 M. allein zu decken und zu verzinsen hatte. Der Staat hat aber nur insgesamt 5523675,07 Mark zurückerstattet. Er ist also der Stadt nicht weniger als 4311568,44 M. schuldig geblieben, eine Summe, die eine ganz erhebliche Verzinsung erfordert, wofür der Stadt nichts zurückvergütet wird. Im Gegenteil, die Stadt wird froh sein, wenn ihr das Reich seine Schulden überhaupt bezahlt, was noch gar nicht sicher ist.

Damit nun in der Oeffentlichkeit durch die genannten großen Gesamtsummen der ausgezahlten Unterstützungen, die sich natürlich auf 4 Kriegsjahre verteilen, kein falsches Bild entsteht, sei eine kurze Uebersicht gegeben, wieviel Personen in Herne unterstützungsbedürftig waren.

Am 1. April 1918 wurden unterstützt:

1881 Ehefrauen,
3788 eheliche Kinder,
1 elternloser Enkel,
8 Pflegekinder,
151 Väter,
666 Mütter,
3 Schwiegerväter,
20 Schwiegermütter,
26 Stiefkinder,
1 Großvater,
13 Großmütter,
2 Stiefeltern,
1 Pflegeeltern,
137 Brüder und Schwestern,
2 Stiefgeschwister,
86 uneheliche Kinder eingezogener Väter,
17 uneheliche Kinder von Ehefrauen.

Insgesamt also mehr als 7100 Personen.

Außerdem sind in der Kriegsunterstützungssumme die Mietgelder enthalten in Höhe von 1681624,13 M., die von der Stadt für die Kriegerfamilien an die Hausbesitzer in der Zeit vom 1. August 1914 bis 30. September 1918 gezahlt wurden.

Die Statistik bietet somit ein interessantes Bild über den Umfang des Herner Kriegsunterstützungswesens, wie auch über die Lasten, die dadurch der Stadt für später erwachsen.

Die Erhöhung der Kriegsunterstützungssätze soll vom 1. November ds. Js. ab wie folgt erfolgen.

Die kriegsgetraute Ehefrau erhält

insgesamt	35 M.	(bish. 30 M.)
die Ehefrau allein	55 M.	(„ 50 „)
Ehefrau mit 1 Kind	80 „	(70)
Ehefrau mit 2 Kindern	105 „	(90)
„ „ 3 „	130 „	(110)
„ „ 4 „	155 „	(130)
„ „ 5 „	180 „	(150)
„ „ 6 „	205 „	(170)
„ „ 7 „	230 „	(190)
„ „ 8 „	255 „	(210)
„ „ 9 „	280 „	(230)
„ „ 10 „	305 „	(250)
für jedes weitere Kind	25 „	(20)

Entsprechend erhalten auch die übrigen unterstützungsbedürftigen Angehörigen der Krieger einen höheren Satz.

Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage.

Außer den am 15. September gewährten Zulage (für Gemüseeinkauf usw.) sollen gewährt werden als Beihilfe zum Einkellern von Kartoffeln usw. jeder Ehefrau 15 M. und für jedes Kind 10 M., die am 1. November mit der Unterstützungssumme ausgezahlt werden. Da die Kriegerwitwen vom 1. Juli rückwirkend 8 M. und für jedes Kind 3 M. Zusatzrente erhalten und diese bis jetzt aufgelaufenen Beträge in Kürze durch die Post auszuzahlen sind, erhalten diese die einmalige Teuerungszulage nicht.

* * *

Caritasversammlung.

Am vergangenen Sonntag fand die diesjährige Generalversammlung des hiesigen kath. Caritasverbandes im Gesellenhause statt. Nach einem mit Ausdruck von Frl. T. Möller vorgetragenen Prolog, eröffnete der zweite Vorsitzende, Herr Amtsgerichtsrat von Hengel, die Versammlung. In seinen einleitenden Worten wies er hin auf die schwere Zeit, die wir durchleben. Dennoch hätten wir keinen Grund uns dem Kleinmut hinzugeben. Mutig und entschlossen müsse jetzt das deutsche Volk in die Zukunft schauen und alles daransetzen, das Vaterland zu schützen. Die Caritasfreunde betrachteten es als ihre besondere Aufgabe, die furchtbaren Wunden zu heilen, die der grausame Krieg geschlagen habe. Zur Beratung ständen heute zwei Punkte: Jugendpflege und Waisenhausfürsorge. Jedoch möge die Versammlung vorher den Geschäftsbericht des Caritasverbandes entgegennehmen. Diesen erstattete Herr Kaplan Dierks in kurzen Zügen, indem er ein Bild entwarf von der Tätigkeit des Verbandes in den 2½ Jahren seines Bestehens. Hervorgehoben sei die Speisung der Armen aus der Kriegsküche, die dem Verbande ermöglicht wurde durch eine wohltätige Stiftung von jährlich 6000 M. Auf dem Lande wurden in den letzten drei Jahren Hunderte von Kindern zur Erholung untergebracht. Für Einrichtung von Kriegspatenschaften wurde ein Fonds von 1000 M. geschaffen. Der Ausschuß des Verbandes behandelte in verschiedenen Sitzungen aktuelle Fragen der Wohlfahrtspflege. Dann erteilte der Vorsitzende das Wort Herrn Diözesan-Caritassekretär Dr. Braelling, Paderborn. Der Redner führte etwa folgendes aus: Die Jugendpflege ist gegenwärtig von größter Wichtigkeit. Wir schulden sie der Jugend selbst, dem Vaterlande und der Kirche. Unsere Jugend leidet bittere Not in körperlicher, geistiger und sittlicher Beziehung. Wir haben in Deutschland über eine Million Halbwaisen. So viele Kinder entbehren seit Jahren der väterlichen Führung, weil der Vater im Felde steht. Die Arbeit im Kriegshilfsdienst bringt für die Jugendlichen, männlichen und weiblichen Geschlechts, viele gesundheitliche und sittliche Schäden mit sich, zumal die Jugendschutzmaßnahmen in den Betrieben gegenwärtig größtenteils außer Kraft gesetzt sind. In der Oeffentlichkeit, in der Fabrik, auf der Straße, in der Elektrischen und auf der Eisenbahn und in den Vergnügungslokalen drohen unserer Jugend viele Gefahren. Zudem zeigen sich manche Eltern unfähig, Kinder zu leiten und zu erziehen. Die Trunksucht der Eltern ist in manchen Fällen schuld an der Verwahrlosung der Kinder. Eine neue Gefahr ist entstanden durch die Hamsterfahrten vieler Jugendlichen. Die Kinder werden systematisch zur Lüge erzogen. Mit Personen verschiedenen Geschlechts teils fragwürdigen Charakters ziehen sie übers Land in Lumpen gehüllt, um Mitleid zu erregen. Nicht selten übernachten sie im Freien oder in Scheunen. Ein solches Leben muß verwildernd auf die Jugend wirken. Wir müssen Mitleid mit der Jugend haben, denn sie ist schuldlos an der Verwahrlosung, weil sie keinen Führer hatte. Redner plaidiert für eine Jugendpflege im kath. Sinne. Die Kirche dürfe sich die Jugend nicht rauben lassen. Daher empfiehlt er dringend die Unterstützung des Männerfürsorgevereins, der auch eine Ortsgruppe in Herne hat. Ferner hebt er die segensreiche Tätigkeit des kath. Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder hervor. Durch diesen Verein seien im Jahre 1917 in Deutschland 24650 Personen betreut worden. Zum Schluß verglich der Redner die jugendliche Menschenseele mit einem Edelstein, der erst dann Ansehen gewinne und seinen Glanz abgebe, wenn er geschliffen sei. So könne auch die Jugend nur dann in körperlicher Kraft und sittlicher Schönheit glänzen, wenn sie sorgsam gepflegt werde. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine inhaltvollen Ausführungen.

Dann ergriff das Wort Herr Pfarrer Oswell, um einen interessanten Bericht zu geben über das hiesige kath. Waisenhaus. Ergreifend war in einzelnen Teilen die Schilderung, die der Redner über die Armut im hiesigen Waisenhause gab. Die Versammlung erfuhr von Notständen, von denen sie bisher keine Ahnung gehabt hatte.

Näheres darüber werden wir in der morgigen Nummer berichten.

* * *

e. **Rheinisch-Westfälische Verbandsbühne.**

Auf die am Freitag im Steffen'schen Saalbau stattfindende Aufführung von Shakespeares „Der Widerspenstigen Zähmung" wird ganz besonders hingewiesen.

= **Für Pferdebesitzer.**

Heute Mittwoch, den 23. Oktober, werden im Zimmer 10 des Rathauses von 9 Uhr vormittags ab die Hafercheine für die Pferdebesitzer K bis einschl. O ausgegeben. Für die übrigen Pferdebesitzer erfolgt die Ausgabe in diesen Tagen.

e. **Jugendwehrkompagnie 336.**

Die Jungmannen treten heute Mittwoch nachmittag um 6½ Uhr an den betreffenden Schulen zur Uebung an.

× **Gestohlene Treibriemen.**

Von folgenden Treibriemen, die anscheinend aus Diebstählen stammen, ist der Eigentümer nicht bekannt.

1) 130 mm breit, 9,70 m lang, 7 mm dick, ganz durchnäht.
2) 65 mm breit, 4,03 m lang.
3) 70 mm breit, 4,80 m lang.
4) 45 mm breit, 10,80 m lang.
5) 57 mm breit, 5,92 m lang.
6) 45 mm breit, 7,50 m lang.
7) 68 mm breit, 5,20 m lang.
8) 68 mm breit, 5,75 m lang.
9) 90 mm breit, 9,70 m lang.
10) 75 mm breit, 6,20 m lang.
11) 90 mm breit, 8,60 m lang. (Weberiemen).

Die Eigentümer wollen sich an das Kriminalkommissariat IV in Herne wenden, wo die Riemen zu besichtigen sind.

e. **Verband der Herner Theatervereine.**

Am vergangenen Sonntag tagte der Hirdes am Ostentor zum ersten Male seit dem Kriege der Theaterverband für den Stadtkreis Herne. Vertreten waren 6 Vereine. Der erste Vorsitzende eröffnete die Besprechung mit herzlichen Begrüßungsworten. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls wurde der Theaterverein „Lohengrin" neu in den Verband aufgenommen. Der vom Kassierer erstattete Kassenbericht wurde genehmigt und Entlastung erteilt. Dann schritt man zur Neuwahl des Vorstandes. Die übrigen Punkte wurden bis zur nächsten Sitzung, die jetzt wieder regelmäßig abgehalten werden, zurückgestellt.

Aus dem Amte Sodingen.

Börnig-Sodingen, 22. Oktober. (Das Eiserne Kreuz Erster Klasse.) Dem Unteroffizier Josef Borowski, Sohn des Bergmanns Franz Borowski, Börnig, Hofstraße 30, wurde wegen besonderer Tapferkeit vor dem Feinde das Eiserne Kreuz Erster Klasse verliehen.

Herzlichen Glückwunsch!

Sodingen, 23. Okt. Kartoffeln zum Einkellern werden heute, Mittwoch, vormittags von 8—11 Uhr und zwar an diejenigen Personen der Gemeinde Sodingen ausgegeben, welche ihre erste Rate noch nicht erhalten haben. Gutscheine in der Marienschule.

Literarisches.

Die Bergstadt. Illustr. Monatsschrift herausgegeben von Paul Keller, Bergstadtverlag Wilh. Gottl. Korn, Breslau. Preis vierteljährlich 4 Mk.

Diese außerordentlich beliebte Zeitschrift, die während der Kriegszeit ihre Zahl ihrer Bezieher verdoppelte, beginnt soeben ihren 7. Jahrgang. Ihre Leser heißen sich „Bergstädter" und „Bergstädterinnen", den Herausgeber nennen sie den „Burgemeister", die Redaktion „Den Rat der Stadt", den Bezugspreis ihre „Stadtsteuer". Ein gemütliches, herzliches Zusammenleben, an dem wohl jeder gern teilnimmt in einer Zeit, die so ohne Frieden und Behaglichkeit ist. Es ist schön in der Bergstadt; da ist die geistige Nahrung noch nicht knapp geworden. Der große Schweizer Erzähler Heinrich Federer, die Wienerin Anna Hilaria Eckhel und der Herausgeber Paul Keller selbst, dessen Bücher in immer neuen Hunderttausenden vom deutschen Volke verlangt werden, warten mit ihren neuesten Werken auf; eine Fülle von anderem Lesestoff und herrliche Bilder werden für einen Preis geboten, der für die jetzige Zeit verblüffend niedrig ist. Die „Bergstadt" ist ein lieblicher und billiger Nur- und Zuflüchtsort. Jeder kann sich oder einer befreundeten Seele wohlfeil den Eintritt verschaffen; die Buchhändler sagen ihm den Weg.

Bekanntmachung,

betreffend die Stadtverordnetenwahlen.

Am 31. Dezember 1918 scheiden folgende Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung aus:

a) Aus der I. Abteilung

1. Maschinist Strehler	Wahlbezirk	Herne
2. Kassierer Sassenhof	„	Baukau
3. Direktor Kempkes	„	Herne
4. Dr. Ing. G. A. Meyer	„	„
5. Fahrhauer C. Westerhold	„	„

b) Aus der II. Abteilung

1. Ober-Expedient Bohnen	Wahlbezirk	Herne
2. Kaufmann J. Vogel	„	„
3. Wirt Martmann	„	„
4. Ziegeleibesitzer Hüttemann	„	Baukau

c) Aus der III. Abteilung

1. Rechnungsführer Möller	Wahlbezirk	Herne
2. Rentner Fr. Westerhold	„	„
3. Arbeitersekretär Heinrath	„	„
4. Bauer Josef Becker	„	Baukau

An diese Stadtverordneten sind Ergänzungswahlen für die Wahlperiode bis zum 31. Dezember 1924 vorzunehmen.

Herner sind folgende Ersatzwahlen zu tätigen:

a) Aus der I. Abteilung

1. für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Rentner Sudkamp, Wahlbezirk Baukau, bis Ende 1922.

b) Aus der II. Abteilung

2. für den verstorbenen Stadtverordneten Dr. Schulte am Esch, Wahlbezirk Herne, bis Ende 1920.

Nach § 16 der Städteordnung muß die Hälfte der von jeder Abteilung zu wählenden Stadtverordneten aus Hausbesitzern bestehen. Von den Stadtverordneten, deren Wahlperiode über den 31. Dezember 1918 hinausgeht, sind Hausbesitzer:

in der	I. Abteilung	5,
„ „	II. „	9,
„ „	III. „	6.

Demnach müssen von den neuzuwählenden Stadtverordneten Hausbesitzer sein:

in der	I. Abteilung	3
„ „	II. „	0,
„ „	III. „	9

Die neuzuwählenden Hausbesitzer müssen nach § 16 und § 22 der Städteordnung so verteilt werden, daß die I. Abteilung 2 Hausbesitzer in Herne und 1 Hausbesitzer in Baukau wählt. Die beiden Hausbesitzer der III. Abteilung werden in Herne gewählt. Ausscheidende Stadtverordnete sind wieder wählbar.

Die Wahlen finden statt:

a) Wahlbezirk Herne — III. Abteilung:
Montag, den 11. November 1918,
Dienstag, „ 12. „ 1918,
vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 3,30—6,30 Uhr in der Turnhalle der Oberrealschule.

II. Abteilung:
Mittwoch, den 13. November 1918,
vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 3,30—6,30 Uhr in der Turnhalle der Oberrealschule.

I. Abteilung:
Donnerstag, den 14. November, vormittags von 10,30—11 Uhr, im Rathaus (Zimmer Nr. 48).

b) Wahlbezirk Baukau — III. Abteilung:
Montag, den 11. November 1918,
vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 3,30—6,30 Uhr in der Turnhalle der Schule an der Bismarckstraße.

II. Abteilung:
Dienstag, den 12. November 1918,
vormittags von 11—12 Uhr und nachmittags von 3,30—6,30 Uhr in der Turnhalle der Schule an der Bismarckstraße.

I. Abteilung:
Dienstag, den 12. November, nachmittags von 5,45—6 Uhr, in der Turnhalle der Schule an der Bismarckstraße.

Zu diesen Wahlterminen werden die in der Liste der stimmfähigen Bürger verzeichneten Wähler hierdurch in ortsüblicher Weise berufen.

Besondere Einladungen ergehen an die einzelnen Wähler nicht. Die den Wählern demnächst zugehenden Ausweisscheine gelten nicht als Einladung, dienen vielmehr nur als Ausweis und zur Bescheinigung des Wahlgeschäftes und sind deshalb in sämtlichen Wahlterminen dem Wahlvorstande vorzuzeigen.

In der 3. Abteilung des Wahlbezirks Herne wird zur besseren Abfertigung der Wähler an 2 Wahltischen mit 2 Wahlvorständen gewählt. Die unter den Nummern 1065—4367 der Liste verzeichneten Wähler wählen an Wahltisch I, diejenigen mit einer höheren Nummer an Wahltisch II. Die Listen-Nummer ist aus den Wahlausweisen zu ersehen.

Jeder Wähler hat dem Wahlvorstande kurz und vernehmlich zu erklären, wem er seine Stimme geben will. Er hat soviele Personen zu benennen, als zu wählen sind.

Nur die im § 8 der Städteordnung erwähnten persönlichen oder außerhalb des Stadtbezirks wohnenden höchst besteuerten Personen können ihr Wahlrecht auch stimmberechtigten und bevollmächtigten Bürgern ausüben.

Wahlberechtigt ist jeder selbständige, 24 Jahre alte Preuße, wenn er seit einem Jahre

1) Einwohner des Stadtbezirks ist und zur Stadtgemeinde gehört (d. h. in der Bürgerliste steht),
2) keine Armenunterstützung empfängt,
3) die ihn betreffenden Gemeindeabgaben bezahlt hat und außerdem
4) entweder a. ein Wohnhaus im Stadtbezirk besitzt, oder b. ein stehendes Gewerbe als Hauptgewerbebetrieb mit wenigstens 2 Gehülfen selbständig betreibt oder c. mit einem Einkommen von mehr als 660 Mk. zur Einkommensteuer veranlagt ist.

Herne, den 23. Oktober 1918.

Der Magistrat: Dr. Sporleder.

Bekanntmachung.

Diejenigen Personen, welche noch im Besitze eines Kartoffelgutscheines sind, werden hiermit aufgefordert, die Kartoffeln bis spätestens Donnerstag, den 24. Oktober, abzuholen. Von Freitag, den 25. Oktober, ab werden Kartoffeln auf diese Scheine nicht mehr verabfolgt.

Folgende Verkaufsstellen sind für den Verkauf geöffnet: Fenser, von der Heydtstraße, Gaswerk, Grenzweg, Feldmann, Wischerstraße, Brinkmann, Altenhöfenerstraße, Beckmann, Strünkedestraße, Wippermann, Ludwigstraße, und Lager Landwehr, Marienstraße.

Herne, den 22. Oktober 1918.

Der Magistrat: I. V.: Rosenthal.

VII. Armeekorps.
Stellv. Generalkommando. Münster, den 9. Oktober 1918.
Abt. IIc Nr. 15087.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in Verbindung mit dem Reichsgesetz vom 11. Dezember 1915 wird hiermit die Einfuhr und der Vertrieb der Wiener „Arbeiterinnen-Zeitung" verboten.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Der kommandierende General: Frhr. von Gayl, General der Infanterie.

Wird hiermit veröffentlicht.

Herne, den 23. Oktober 1918.

Der Oberbürgermeister: Dr. Sporleder.

VII. Armeekorps.
Stellv. Generalkommando. Münster, den 19. Oktober 1918.
Abt. Ic Nr. 45800 a. b. u. c.

Bekanntmachung.

Am 19. Oktober 1918 ist unter

Nr. Ic R 45800 a (Nr. L. 111/10. 18. K. R. A.)

eine Nachtragsbekanntmachung erschienen zu der Bekanntmachung Nr. L. 111/7. 17. K. R. A. vom 20. Oktober 1917, betreffend „Beschlagnahme und Meldepflicht von rohen Großviehhäuten und Roßhäuten",

Nr. Ic R 45800 b (Nr. L. 888/10. 18. K. R. A.)

eine zweite Nachtragsbekanntmachung erschienen zu der Bekanntmachung Nr. L. 888/7. 17. K. R. A. vom 20. Oktober 1917, betreffend „Höchstpreise und Beschlagnahme von Leder" und

Nr. Ic R 45800 c (Nr. L. 999/10. 18. K. R. A.)

eine Bekanntmachung erschienen, betreffend „Beschlagnahme, Höchstpreise, Melde- und Verkaufspflicht von Lederabfällen".

Die Bekanntmachungen sind durch Anschlag veröffentlicht und können auch bei den Landratsämtern, Bürgermeisterämtern, Polizeibehörden und Handelskammern eingesehen werden.

Stellv. Generalkommando VII. Armeekorps.

Trauerbriefe, Totenzettel, Danksagungskarten
schnell u. preiswert Buchdruckerei Ingmanns & Koethers.

Zur gefl. Beachtung!

Zu jedem annehmbaren Preise

verkaufen wir von heute ab wegen Platzmangel, unsere noch vorrätigen Prima Carolinapine

Zur gefl. Beachtung!

Küchen!

Wir bieten Brautleuten hiermit grosse Einkaufsvorteile!

Heimann & Co., Herne.

5830

5923

Am 18. ds. Mts. verschied nach nur eintägiger Krankheit unerwartet infolge Herzschlages der Reviersteiger unserer Zeche Julia

Herr Friedrich Buschmann

im Alter von 56 Jahren.

Seit 1899 in unseren Diensten, war er ein sehr fleissiger und gewissenhafter Beamter, der sich bei seinen Vorgesetzten und Mitarbeitern besonderer Achtung erfreute.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand und die Beamten der Harpener Bergbau-Aktien-Gesellschaft.

Blank's Schnittmuster sind Qualitäts-Schnitte:

Sie zeichnen sich aus durch unerreichte Passform, größte Zuverlässigkeit und leichteste Handhabung; Schneiderinnen und praktische Hausfrauen loben sie. — **Blank's Moden-Album,** welches bei uns ausliegt, zeigt in rund 1000 Abbildungen die bei uns in zahlreichen Weiten vorrätigen Modelle.

Theodor Althoff Abteilung Schnitte u. Bestell.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie für die zahlreichen Kranzspenden beim Tode und bei der Beerdigung meiner innigstgeliebten Gattin und unserer guten Mutter sprechen wir hiermit allen unsern 5933

innigsten Dank

aus.

Herne, den 22. Oktober 1918.

Arnold Knops u. Kinder.

Vinzenzverein.

St. Bonifatius-Konferenz

Jeden Mittwoch abend 8,30 Uhr:

Versammlung

im katholisch. Gesellenhause.

Ein Portemonnaie mit Inhalt gefunden. Abzuholen 5921 Sodingen, Schulstr. 16, 3. Etg.

Tüchtiger Kutscher sofort gesucht. 5928 Bürgerlich. Brauhaus Herne.

Montageschlosser und Hülfsarbeiter stellt ein 5944 **Steffens & Nölle,** Zeche Friedrich der Große III/IV, Monteur Hensel.

Heizer und Maschinist welcher auch Kriegsbeschädigter sein kann, per 1. November gesucht. Desgl. wird ein Mann, der alleinstehend ist und hier wohnen kann. 5939 **Herner Dampf-Waschanstalt W. Schlenkhoff.**

Schmiede, Schlosser und Montageschlosser stellt laufend ein 5858 Monteur Peters, Constantin 10, Kokerei-Anlage.

Tüchtige 5849 **Rohrschlosser, Schmiede und Helfer** stellt sofort ein **W. Bader, Sodingen,** Nordstraße 4.

Propere 5920 **Putzfrau** auf sofort gesucht. Frau Fritz Nolting, Bahnhofstraße 54.

Frau f. Büro-Reinigung gesucht. Angebote unt. L. J. 5925 an die Geschäftsstelle des Herner Anzeigers.

Suche für sofort ein 16- bis 17-jähriges, fl. Mädchen **Mädchen** für vormittags. 5934 Restaurant Hintzen, Bahnhofstr. 7.

Ehrliches, braves 5909 **Mädchen** für alle Hausarbeit per bald gesucht. Fr. Tillmann, Herne, Bahnhofstr. 61.

Suche für sofort oder 1. November ein tüchtiges 5916 **Fräulein** fürs Büro. Franz Rath, Herne, Wilhelmstraße 41.

Kräftige 5901 Arbeiter und Arbeiterinnen für sofort gesucht. Zu melden beim Schachtmeister Firsfinski, Herne, Neustraße 64.

Sauberes, fleißiges **Mädchen** 16—18 Jahre alt, in allen Hausarbeiten erfahren, zum 1. November nach Appelhülsen gesucht. — Zu erfragen Mont-Cenisstr. 6 a II. Etg.

Daselbst wird ein **Halbtagsmädchen** von 14—16 Jahren zum sofortigen Eintritt gesucht. 5902

Für unsere **Setzerei** suchen wir sofort intelligentes, strebsames

Mädchen oder Knaben

welche den Beruf eines Schriftsetzers erlernen wollen.

Buchdruckerei Ingmanns & Koethers,
Herne, Bahnhofstraße 71.

Frau, Mädchen od. Junge

für leichte Beschäftigung (einige Stunden morgens früh) sofort gesucht.

Herner Anzeiger.

Maschinenschlosser Dreher, Former Schlosser f. Eisenkonstruktionen **Nieter, Kesselschmiede und Stemmer** für Behälterbau gesucht. 465

Maschinenfabrik Baum Aktiengesellschaft Herne i. W.

Mit den Standesamtsarbeiten vertraute 5925

Bürokraft

wird zum baldigen Eintritt gesucht.

Meldungen mit Zeugnissen über bisherige Tätigkeit und unter Angabe der Gehaltsansprüche.

Standesamt Sodingen.

Sämtliche Sorten 5930

Kohlen und Koks

zu haben bei

Wilhelm Schmidt, Herne, Wilhelmstraße 39, Fernruf 677.

Damen-Handtaschen, große Auswahl 3478 und stets das Neueste.

A. Grüne, Bahnhofstraße, Telephon 871.

Pianos Flügel Harmoniums 3084

Stets neue und gebrauchte am Lager.

Ratenzahlungen gestattet.

Karl Schmitt, Hofpianofortefabrik **Hagen i. W.**

Möbel

Bettstellen, Matratzen, Kleiderschränke, Sofas, Küchenschränke, Tische, Lehnbänke, Stühle, Eimerschränke, Spiegel, Herde, Vertikos, kompl. 5372

Schlafzimmer und Küchen

liefert gegen bar und Teilzahlung die allbekannte

Firma Joh. Krein,

Heinrichstrasse 17, am **Neumarkt.** Telefon 871. Beachten Sie meine 5 Schaufenster. Haltestelle d. Castroper Strassenbahn.

Während d. Kriegszeit nur Herne **Heinrichstr. 17 am Neumarkt**

Eine 5927 **Schweizerziege** zu verkaufen. Goedewieer, Holthausen, Mont-Cenisstr. 114.

Ziege zu verkaufen. 5924 Brenker, Gerthe, Ottostr. 22.

10½ Meter Läufer, 2 Bodstühle, 1 Zither und Brennholz zu verkaufen. 5926 Bergmann, Regenkamp 54.

Geldschrank, mittl. Größe, sowie solider Gasheizofen zu verkaufen. 5935 Gustav-Hütte, Bismarckstr. 4, 1. Et.

Dr. Rohden's Haarwasch-Pulver desinfiziert und reinigt den Haarboden, befestigt Schuppen und Borken, bewirkt üppigen, schönen u. schnellen **Haarwuchs.** Preis 25 Pfg. Alleinverkauf: 4792 **Haarmannfaktur E. Mahfeld,** Herne, Bahnhofstr. 17

Ein wenig gebrauchtes, hordes **Plüschsofa** preiswert zu verkaufen. 5947 Recht, Kirchhofstraße 2a, 2. Etage, links.

Fast neuer 5943 **Kinderwagen** zu verkaufen. Hoffmann, Kampstraße 12.

Eine gut erhaltene 2schläfrige **Bettstelle** und ein fast neuer **Kinderklappwagen** mit Gummirädern zu verkaufen. 5937 Nitschke, Obere Kolonieestraße 7.

Suche für sofort: Putzfrauen, Stützen, Haus- u. Küchenmädchen, Mädchen f. d. Landwirtschaft u. bess. solche, d. gut melken können, Aufw. mehr. kräft. Pferdeburschen. 5910 **Frau Henriette Lüttich,** gewerbsmäßige Stellenvermittlerin, Wilhelmstr. 17, Tel. 512.

Möbel

Man sorge vor!

Durch äußerst günstigen Einkauf bin ich noch in der Lage

Schlafzimmer

komplett in schwerer Ausführung, Eiche oder Nußbaum gestrichen, bestehend aus:

1 großen Kleiderschrank mit cleg. Bergeglas,
1 Waschkommode mit Spiegelaufsatz,
2 Bettstellen,
2 Konsolen,
2 Stühlen,
1 Handtuchständer,

von **Mk. 890**

Küchen

moderne Ausführung, in Natur oder Eiche gestrichen, bestehend aus:

1 Büfett,
1 Anrichte,
1 Tisch,
2 Stühlen,

von **Mk. 590** an

angeboten. 5913

Möbelhaus Hirschen,
Herne, Behrensstraße 1.

Maurer, Erdarbeiter u. Arbeiterinnen sofort gesucht. 5917 Zu melden bei Polier Fröhlich, Baustelle Nordstraße, Sodingen.

Ein bis zwei **jüngere Herren oder Damen** für Stenographie und Schreibmaschine zum möglichst sofortigen Eintritt gesucht. Auslängerinnen ausgeschlossen. — Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit, Referenzen u. Gehaltsansprüche, sowie des frühesten Eintrittstermins an 5889 **Albert Kremer,** Eisen- und Stahl-Großhandlung, Herne.

Ziegen u. Felle werden stets angekauft 2871 Gottschalk, Recklinghausen-Süd, Marienstr. 26.

2—3 kräftige Mädchen

vom Lande aus gut katholischen Familien für alle Hausarbeiten unter Leitung von Schwestern gesucht. Gutes, reichliches Essen.

Kath. Gesellenhaus Cöln 5823

Dagobertstraße Nr. 32/34.

Für einen kleinen Haushalt, 3 Pers., wird ein braves kath. **Mädchen,** zum 1. November gesucht. 5840 Hohenzollernstr. 2, 2. Etage.

Flottes Mädchen oder Kriegerfrau zum Nähen an der Schuhmacher-Maschine gesucht. 5814 Schuh-Näherei, Wilhelmstraße 23.

Junges Mädchen, bewandert in Stenographie, Maschinenschreiben und Buchführung, sucht Stelle auf einem Büro. Offerten, unter N. H. 5853 an die Geschäftsstelle des Herner Anzeigers erbeten.

Welcher Schneider übernimmt Stücke aus Anproben zum Fertigmachen? Gefl. Offerten unter Sch. 5805 an die Geschäftsstelle des Herner Anzeigers.

Wohnung von 3 Zimmern sofort zu vermieten. Licht, Stall und Wasser vorhanden. 5881 Sosinski, Bahnhofstr. 119.

Mehrere 5938 **Wohnungen** zu vermieten. Joh. Grabsch, Ludwigstraße 40.

---

2 Wohnungen, 2 Zimmer im 2. Stock, 3 Dachzimmer im 3. Stock, Kampstraße 12, sofort zu vermieten. 5869 W. Rochel.

Guterhaltene, gebrauchte **Nähmaschine** zu verkaufen. 5804 Reinhold, Schillerstr. 20.

Junge Schäferhunde zu verkaufen. 5948 von der Heydtstraße 30.

Geld verleiht gegen monatl. Rückzahlung diskret (5775) **O. Blume, Hamburg 5.**

Flügel Pianos Harmoniums

Duca Ducanola unübertroffene Kunstspiel-Pianos in Spielart u. Mechanik

kaufen Sie stets vorteilhaft und preiswert im

Pianofortegeschäft

August Schulze zur Wiesch,

Dortmund, Westenhellweg (Krügerpassage).

Grosse Auswahl! Streng reelle Bedienung!

Fernsprecher 3766. 5037

Zentral-Kaffeehaus

Konditorei Billardsaal

Bochum

4720 1 Hochstrasse 1.

Vornehmstes am Platze.

Steffens Saalbau-Theater, Herne

5940 Direktion Adolf Steffen.

Heute Mittwoch, den 23. Oktober:

Einlass 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Die schöne Schwedin

Operette in 3 Akten.

Vorverkauf in den Zigarrengeschäften Georg Köhler und Alfred Köhler an der evgl. Kirche.

Kräftige 5445

Frauen und Mädchen

sowie jugendliche Hilfsarbeiter

werden eingestellt.

Gewerkschaft Dorn,

schrauben- und Nietenfabrik Herne.

Jugendliche Hülfsarbeiter

stellen ein 5887

Viktor Halstrick Wwe.,

Gruben- und Kokswagenfabrik, Herne.

Tüchtige 5922

Schlosser und Eisendreher

stellt sofort ein

Gesellschaft f. Teerverwertung m. b. H.

Abteilung Elektrodenfabrik Ranzel.

Portier II.

Ein Tagschneider

und mehrere Schneider gesucht.

Franz Nickel, Schneidergeschäft,

5761 Herne, Behrensstraße 10.

PELZE

Durch günstigen Einkauf sind wir in der Lage, Ihnen noch vorteilhafte **Angebote zu machen. Unsere Preise:**

Eleg. Alaska-Füchse seidige Qualität **M. 150, 125, 85**

hierzu passende moderne Muffen.

Hocheleg. blaue Füchse mit passenden Muffen in großer Auswahl.

Moderne Seal- und Bisam-Cap sehr kleidsam **M. 195, 165, 125**

hierzu pass. Tonnen-Muffen.

Alaska-Fuchs-Imitation in modernen 1—2seitigen Formen **M. 95, 75, 58, 39**

Herren-Kragen auch Seal-Form **Mk. 98, 75.**

Hervorragende Auswahl neuester Jacken u. Mantelkragen. Aparte Neuheiten in allen Pelzarten.

Pelzwarenlager

Essen,

Viehofer Str. 78, 2. Etg. Haltestelle aller Straßenbahnen, Viehofer-Platz.

J. Simons,

Pelzveränderungen schnell und billig. — Kein Laden. Telefon 1224. Fahrt nach Essen wird vergütet. Sonntag bis 2 Uhr in Hause.

Mandoline-Laute-Gitarre-Kursus

Ich beabsichtige vom 1. Nov. ab in Herne einen

3monatlichen Kursus

in Mandoline-, Laute- und Gitarrespiel zu geben.

Anmeldungen erbitte an

R. Wille,

5719 Musiklehrer, Bochum, Kronenstraße 65.

Ein gebrauchtes

Schlafzimmer und Küche

fast wie neu, sehr billig zu verkaufen. 5932

G. Liffmann N.,

Herne, Bismarckstraße 2.

Möbel

Bettstellen, Matratzen, Kleiderschränke, Küchenschränke, Waschkommoden, Vertikows, Kochherde, Tische, Stühle, Sofas, Spiegel, Emaille-Garnituren, Federbetten usw.

Eigene Polsterei. Eigene Schreinerei.

erhält jedermann mit sehr kleiner

Anzahlung

Möbelhaus

Tolcziner

Bochum, Ob. Marktstr. 38a 1.—4. Etg. Telefon 699.

Musterlager Hattingen, Bahnhofstr.

„Kauta"

vorzügl. Ersatz für echten **Kautabak.** Stark mit Jo. Tabaksoße durchtränkt. Schmeckt wie echter Priem. Keine Kalmuswurzel. Zahlreiche Anerkennungen. 5 Pfd. Mk. 4,50 p. Nachnahme d. J. Kolwar, Bochum 5, Abt. A. 5896

Prima 4942

Lindmach-Weißkohl

hat zentnerweise billig abzugeben

Johann Kühn, Herne,

Grenzweg 31, Telephon 852.

Gebrauchte Küchen- und Schlafzimmermöbel

vorzugshalber zu verkaufen. 5941) Rogalla, Börnig, Hohenzollernstr. 47.